

Industrieforum

Wirtschaftsstandort Österreich – Quo vadis?

Industriepolitik

Wie resilient ist die heimische Industrie gegenüber Krisen und künftigen Herausforderungen?

Industriekonjunktur aktuell

2019 gaben Industrieunternehmen 5,5 Mrd. EUR für F&E aus

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 440.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 66 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke
Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER,
Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof
Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy
Holding GmbH
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG
Österreich

Geschäftsführer

Mag. Andreas MÖRK

Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien, Vorstandsvorsitzender des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Dr. Wolfgang DAMIANISCH, Kassier des IWI
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte Industrie
der Wirtschaftskammer Österreich
Dr. Erhard FÜRST,
Gen.-Schr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Schr. Mag. Christoph NEUMAYER
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvorsitzender des IW
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH
Dir. Mag. Dr. Johannes Turner,OeNB

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčik

Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



editorial

Mag. Sigi Menz:
Basis des Erfolgs

forum

Interview:
Wir brauchen eine kluge Standortpolitik ohne
ideologischen Unfug
Mag. Christoph Neumayer
Generalsekretär der Industriellenvereinigung

Wirtschaftsstandort Österreich –
Quo vadis? 10

Interview:
Europa sollte seine Krallen ausfahren und
selbstbewusster auftreten
Wolfgang Hesoun
Generaldirektor der Siemens AG Österreich 13

politik

Studie: Wie resilient ist die heimische
Industrie gegenüber Krisen und künftigen
Herausforderungen? 16

Durch Kooperation und Innovation wird
Wasserstoff (H₂) zu Wertschöpfung 20

Automotive Zulieferindustrie als
Exportserfolg – Strategien für Post-COVID 22

Serie: Chemische Industrie
Schlüsselindustrie für
die Dekarbonisierung 24

konjunktur

Kommentar zur internationalen
Konjunktorentwicklung 4
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

2019 geben Industrieunternehmen
5,5 Mrd. EUR für F&E aus
Mag. Andreas Mörk 32

konjunktur nach branchen

Branchenübersicht 34
Gesamtindustrie 35
Bergwerke und Stahl 35
Stein- und keramische Industrie 36
Glasindustrie 36
Chemische Industrie 37
Papierindustrie 37
PROPAK – Industrielle Hersteller von
Produkten aus Papier und Karton 38
Bauindustrie 38
Holzindustrie 39
Lebensmittelindustrie 39
Textil-, Bekleidungs-,
Schuh & Lederindustrie 40
NE-Metallindustrie 40
Metalltechnische Industrie 41
Fahrzeugindustrie 41
Elektro- und Elektronikindustrie 42
Offenlegung, Impressum 42

inhalt

Basis des Erfolgs

Um große Herausforderungen bewältigen zu können, bedarf es einer festen Grundlage. Das gilt auch für die Industrie.

Autor: Mag. Sigi Menz

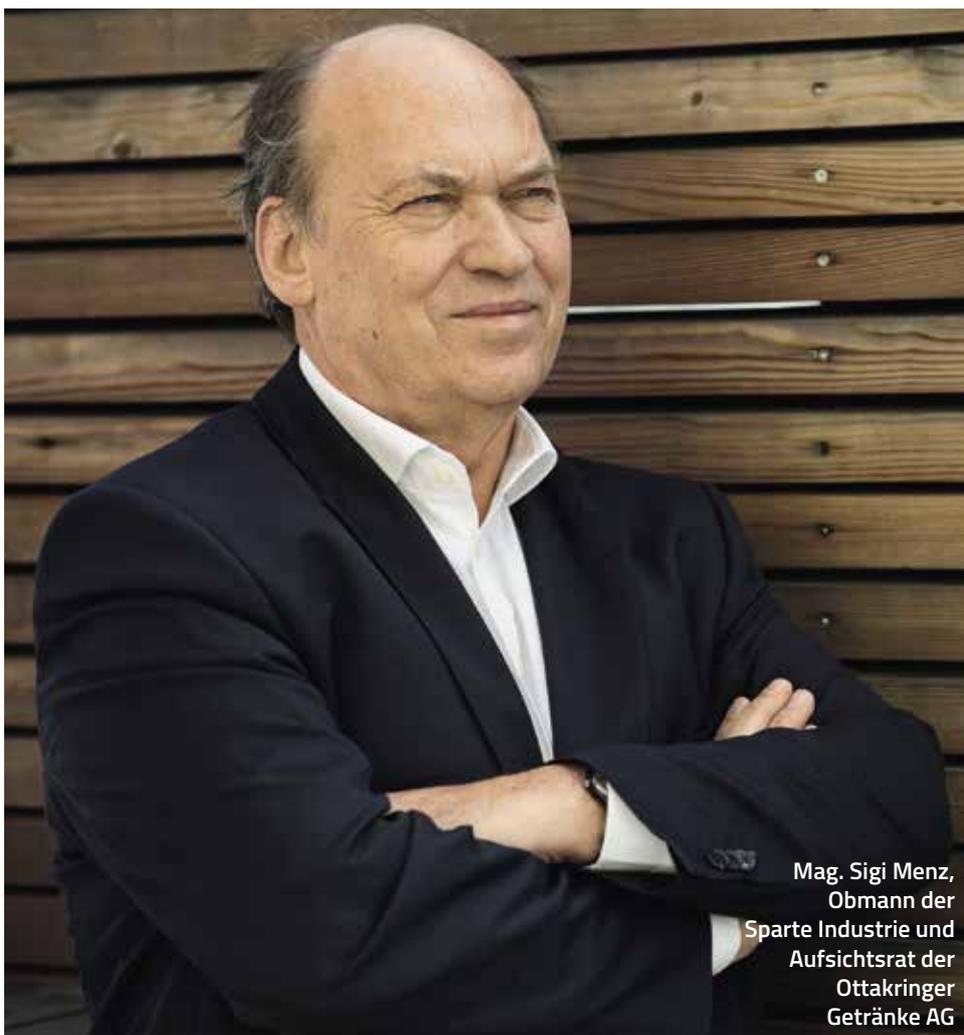
Vom griechischen Mathematiker und Physiker Archimedes ist der Ausspruch überliefert: „Gib mir einen Punkt, wo ich sicher stehen kann, und ich hebe die Erde aus den Angeln.“ Gegenwärtig liegt die Herausforderung wohl weniger darin, die Welt aus den Angeln zu heben, als in einer in vielerlei Hinsicht aus den Angeln geratenen Welt nicht das Gleichgewicht zu verlieren. Gerade die österreichische Industrie – die international stark vernetzt ist – steht drei großen Herausfor-

derungen gegenüber, die großes unternehmerisches Geschick verlangen:

- › Die tektonischen Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung, die schon in der Vergangenheit immer wieder eine Anfrage an die Zukunftsfähigkeit der Industrie im von hohen Kosten und vielfältigen Regulierungen gekennzeichneten Standort Europa dargestellt hat.
- › Die noch nicht überwundene Corona-Pandemie, die naturgemäß in den „Hotspots“ der Weltwirtschaft leicht wieder aufflammen kann und dadurch – man denke etwa an die Situation in den chinesischen Häfen – Warenströme und auch Kommunikationswege weiterhin behindert und verteuert.
- › Die kühnen Pläne für weitgehende Veränderungen im Rohstoff- und vor allem Energieeinsatz, die innerhalb extrem kurzer Zeiträume beispiellose Veränderungen bei Produkten und Produktionen notwendig machen.

Der „feste Punkt“, von dem aus Unternehmen dieses enorme Bündel an Herausforderungen erfolgreich in Angriff nehmen können, muss durch dreierlei Faktoren bestimmt sein: Ein hochwertiges Produktportfolio, Flexibilität in der Produktion und eine krisensichere Ausstattung mit Eigenkapital.

Viele österreichische Industrieunternehmen haben seit langer Zeit eine starke Marktstellung, die auf hervorragenden Produkten beruht. Um diese Position



Mag. Sigi Menz,
Obmann der
Sparte Industrie und
Aufsichtsrat der
Ottakringer
Getränke AG

halten (oder – idealer Weise – ausbauen) zu können, bedarf es hoher Investitionen in die Forschung und hochqualifizierter Mitarbeiter. Forschungstätigkeit und Qualifikation sind unternehmerische Aufgaben, die aber eng verzahnt sind mit einer entsprechenden staatlichen Infrastruktur: Im Bereich der Forschung hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Forschungsinfrastruktur und eine entsprechende Finanzierung mit öffentlicher Unterstützung gebildet, die im internationalen Vergleich adäquat ausgestattet ist. Allerdings darf es hier vor allem bei der für die Industrie so wichtigen angewandten Forschung zu keinen weiteren Mittelkürzungen kommen.

Im Bereich der Qualifikation leidet auch die Industrie in Österreich an Mängeln sowohl in der Basisbildung als auch insbesondere an einem quantitativen Mangel an Absolventen technischer Ausbildungen. Gerade in diesem Bereich braucht es eine sinnvolle Allokation von Ressourcen und die positive Darstellung von Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten in derartigen Berufen.

Die mittlerweile unwahrscheinlich schnellen Pendelbewegungen in der Nachfrage nach Produkten verlangen Unternehmen allergrößte Anstrengungen hinsichtlich ihrer Flexibilität in der Produktion ab. In den letzten Jahren ist es gelungen, die Rahmenbedingungen für diese Flexibilität auch tatsächlich zu verbessern. Aufgrund dieser raschen Veränderung im wirtschaftlichen Umfeld setzt sich die Industrie dafür ein, das Instrument der Kurzarbeit in institutionalisierter und rechtssicherer Form dauerhaft verfügbar zu machen: Diese soll als automatischer Stabilisator (wie beispielsweise das Arbeitslosengeld) ohne weitere politische Beschlussfassung in kurzfristigen betrieblichen Problemlagen und in konjunkturellen Schwächephasen sofort als Alternative zu Kündigungen bereit stehen. Damit kann – abgesehen vom arbeitsmarktpolitischen Aspekt – das erworbene und betriebsnotwenige Know-how in den Unternehmen gehalten werden.

In unzähligen Studien wurde immer wieder gezeigt, dass eigenkapitalstarke Unternehmen in-

novativer sind, stärker wachsen, erfolgreicher in ihrer Exporttätigkeit sind, mehr Arbeitsplätze schaffen und – für den Finanzminister eine gute Nachricht – ein höheres Steueraufkommen generieren. Bedauerlicher Weise wurde diese Evidenz bislang ignoriert und im österreichischen Steuersystem der Ersatz von Eigenkapital durch Fremdkapital begünstigt. Die Forderung der Industrie nach einer steuerlichen Gleichstellung von Fremdkapital und Eigenkapital liegt seit langer Zeit auf dem Tisch. Erfreulicher Weise hat Finanzminister Gernot Blümel die steuerliche Gleichstellung von Fremdkapital und Eigenkapital und die Absenkung der Körperschaftssteuer auf 21 Prozent in Aussicht gestellt. Und eine „rasche“ Umsetzung zugesagt. Gerade auch die Senkung der Körperschaftssteuer kann – neben dem Aspekt des Standortwettbewerbs – den

Die österreichische Industrie – die international stark vernetzt ist – steht großen Herausforderungen gegenüber, die großes unternehmerisches Geschick verlangen.

Aufbau von Eigenkapital in guten Jahren erleichtern und damit die Krisenresilienz der Unternehmen stärken.

Aufgrund der zentralen Bedeutung der Industrie für die Generierung von Wertschöpfung, für die volkswirtschaftliche Stabilisierung in Krisenzeiten und für die Schaffung technologischer Antworten auf aktuelle und künftige Problemstellungen ist es von zentraler gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung, dass die Industrie auf diesem „festen Punkt“ – dieser Basis für eine erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit angesichts der vielfältigen Herausforderungen – steht. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen ist nicht schwierig – sofern der politische Wille dazu besteht. ■



„Wir brauchen eine kluge Standortpolitik ohne ideologischen Unfug“

Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, über das Comeback der heimischen Wirtschaft nach der Corona-Krise, die Notwendigkeit einer umfassenden Fachkräfte-Strategie für Österreich und die Grüne Wende, als Chance, wenn die klima- und industriepolitischen Weichen richtig gestellt werden.

Fotos: Alexander Müller, IV

Erst vor wenigen Wochen hat die Industriellenvereinigung die Pandemie aus ökonomischer Sicht für beendet erklärt. Läuft es wieder so gut in der heimischen Volkswirtschaft?

Christoph Neumayer: Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass die Volkswirtschaft im dritten Quartal im Durchschnitt wieder ihr Vor-Corona-Krisen-Niveau erreichen wird. In der Industrie wurde diese Marke gegen Ende des ersten Quartals passiert. Der produzierende Bereich hat also wieder die Rolle der Wachstumslokomotive übernommen. Bei aller Freude über das Wachstum dürfen wir nicht übersehen, dass wir aber eben erst wieder das Niveau von 2019 erreichen, und dass es Bereiche der Industrie gibt, die noch länger von den COVID-Auswirkungen betroffen sind. Jetzt gilt es, den Aufschwung mit klugen Maßnahmen zu begleiten und zu stärken, damit er lange anhält.

Das heißt jetzt also, dass alle Unterstützungsmaßnahmen für die Unternehmen und auch den Arbeitsmarkt wieder zurückgefahren werden können?

Bei der Kurzarbeit wurde mit einem Modell für alle Betriebe bis Mitte 2022 sowie einem Modell für besonders stark betroffene Unternehmen bis Jahresende ein sachlich vertretbarer Weg gefunden. Insgesamt müssen die Maßnahmen aber weiter sukzessive zurückgefahren werden.

Was hat diese Krise nun der heimischen Volkswirtschaft gekostet?

Trotz umfangreicher Stabilisierungsmaßnahmen haben wir eine ernste Wirtschaftskrise erlebt. Der in Österreich entstandene wirtschaftliche Schaden in Form verlorener Wertschöpfung lag bereits zu Jahresbeginn bei 32,5 Milliarden Euro. Aufgrund der Corona-Maßnahmen bis zum Frühjahr wird dieser Betrag noch weiter ansteigen.

Werden wir diesen Schuldenberg je wieder abbauen können?

Trotz des enormen Zuwachses der Staatsverschuldung liegt die Schuldenquote Österreichs mit rund

85 Prozent im internationalen Vergleich auf einem handhabbaren Niveau. Klar ist, dass wir die Schulden wieder in Richtung 60 Prozent bringen müssen. Wir müssen uns für die Zukunft wieder einen Spielraum erarbeiten. Dafür müsste sich das Budget in den Jahren nach 2022 in Richtung Nullsaldo bewegen. Die Schuldenquote geht dann recht rasch zurück, weil die Schulden auf das nominelle Bruttoinlandsprodukt bezogen werden. Reales Wachstum im Zuge der Konjunkturerholung, ein noch höheres nominelles Wachstum nach Maßgabe der Inflationsrate und zunehmende Steuereinnahmen aufgrund der Progression führen zu einem soliden Einnahmenwachstum. Bis zum Ende

Vermögenssteuern sind ein Wachstums- und Arbeitsplatzkiller, das belegen unzählige Studien seit Jahren.

des Jahrzehnts könnten wir so das Niveau von 2019 wieder erreichen.

Derzeit gibt es viele Rufe nach einer höheren Besteuerung von Vermögen und auch Unternehmen, um die heimische Volkswirtschaft wieder zu sanieren. Ist das nicht der Sargnagel für viele Unternehmen?

Diese Diskussion ist eine völlige Themenverfehlung. Vermögenssteuern sind ein Wachstums- und Arbeitsplatzkiller, das belegen unzählige Studien seit Jahren. Damit würden wir den Aufschwung abwürgen – dabei brauchen wir genau das Gegenteil. Viel wichtiger wäre eine Entlastung der Unternehmen und ein attraktives Klima für Investitionen. Konkret durch die im Regierungsprogramm angekündigte Senkung der Körperschaftsteuer oder die Berücksichtigung von fiktiven Eigenkapitalzinsen als Betriebsausgabe. Eine Lehre der Corona-Krise lautet: Eine starke Eigenkapitalausstattung sorgt für mehr Wider-



IV-Generalsekretär Christoph Neumayer schlägt einen Industrie-Dekarbonisierungsfonds vor.

standsfähigkeit gegenüber kurzfristigen externen Schocks.

Manche Volkswirtschaften gehen stärker aus der Krise hervor, als sie vorher waren. Die deutschen Exporte liegen wieder höher als vor Ausbruch der Corona-Krise. Ökonomen sind zuversichtlich, dass der Boom anhalten wird. Ist das auch für die heimische Industrie zu erwarten?

Corona hat gezeigt, wie wichtig die starke internationale Ausrichtung der heimischen Industrie ist. Jeder zweite Euro wird hierzulande mit Erfolgen auf den internationalen Märkten erwirtschaftet. Manche Industriebranchen haben Exportquoten von mehr als 90 Prozent. Damit konnte die Industrie, die im harten internationalen Wettbewerb steht, vom kräftigen Anziehen der Weltwirtschaft früh profitieren. Sobald die Erreichbarkeit vor allem der Fernabsatzmärkte wieder voll gewährleistet sein wird, ist ein weiterer Impuls für die heimischen Exporteure zu erwarten. Gesamtwirtschaftlich gesehen kann es Österreich gelingen, mit einer klugen Standortpolitik ohne ideologischen Unfug

in eine länger anhaltende Phase eines wirtschaftlichen Aufschwunges einzutreten, vorausgesetzt, wir bleiben von weiteren, nur eingeschränkt oder überhaupt nicht kontrollierbaren exogenen Negativschocks verschont.

Aber schon jetzt verteuern Lieferengpässe und Transportprobleme viele Produkte. Droht nun eine höhere Inflation?

Probleme in den Lieferketten und eine allgemeine Knappheit an Rohstoffen haben die Kosten für die Industrie in den vergangenen Monaten stark nach oben getrieben. Weitere Herausforderung sind derzeit auch die hohen Logistikkosten. Das belastet die Betriebe massiv und sorgt für eine höhere Inflation. Allerdings gibt es bereits Anzeichen für ein Ende der Knappheit: Der Preis für Schnittholz in den USA ist deutlich gesunken, auch bei Eisenerz und Kupfer beginnt der Trend nach unten zu zeigen.

Große Probleme haben wir hierzulande auch beim Thema Facharbeiter und Spezialarbeitskräfte in der Industrie. Die Wirtschaft fordert schon seit Jahren eine bessere Ausbildung, aber woran liegt es, dass dieser oft schon verzweifelte Ruf kein Gehör findet?

Aus der aktuellen IV-Mitgliederumfrage geht hervor, dass das Finden geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für zwei von drei Unternehmen derzeit die größte Herausforderung darstellt. Vorweg möchte ich betonen, dass unsere Lehrausbildung ausgezeichnet funktioniert, wir sogar gern deutlich mehr geeignete Bewerber aufnehmen würden. Starkes Rückgrat sind zudem die HTL, sinnvoll ist auch, dass die Zahl der FH-Plätze im MINT-Bereich erhöht wird. Aber für eine nachhaltige Verbesserung der Fachkräftesituation reicht es nicht, an einzelnen Schrauben zu drehen. Wir brauchen eine umfassende Fachkräftestrategie, die eine abgestimmte Weiterentwicklung der Ausbildungsbereiche, der Weiterbildung von Beschäftigten und Arbeitssuchenden, der Berufsorientierung, der beruflichen Entscheidungsmöglichkeiten von Frauen oder der gesteuerten Migration umfasst. Dafür müssen Zuständigkeitsgrenzen überwunden und eine gemeinsame Vision entwickelt werden.

Müsste das Bildungssystem und auch das Budget dafür nicht endlich aufgestockt werden?

In einigen Bereichen wie der Elementarbildung wird es mehr Geld brauchen, aber wir plädieren auch dafür, die Effizienz im System ganz generell zu erhöhen – weil oftmals Input und Output nicht zusammenpassen. Wir haben auch ein strukturelles Problem: Es gibt insgesamt immer weniger Schülerinnen und Schüler. Gleichzeitig verliert die Mittelschule, einst Neue Mittelschule, an Attraktivität, während es immer mehr ins Gymnasium drängt. Doch gerade in den AHS ist die Berufsorientierung kein großes Thema – eine Lehre wird dort kaum jemandem schmackhaft gemacht.

Die österreichische und europäische Politik nützt die Krise für eine große grüne Wende. Ist diese eine Chance oder ein Problem für die heimische Wirtschaft?

Eine Chance, wenn wir etwa die rund 2.500 österreichischen Unternehmen denken, die sich mit Umwelttechnologien beschäftigten und diese auch exportieren. Entscheidend ist aber, dass die Klima- und industriepolitischen Weichen richtig gestellt werden. Bei den grünen Transformationen müssen auch jene Unternehmen mitgenommen werden, für die hohe Energiekosten ein zentraler Wettbewerbsfaktor sind. Die Industrie ist kein Bremser beim Klimaschutz, wir sind Vorreiter und Teil der Lösung. Nirgendwo auf der Welt wird eine Tonne Zement mit weniger CO₂-Emissionen produziert als in Österreich. Auch die heimische Eisen- und Stahlindustrie ist Benchmark in der Nachhaltigkeit. Die Zulieferindustrie hat sich bei Klimatechnologien ebenfalls stark aufgestellt. Für all diese Leistungen haben Unternehmen, die im rauen internationalen Wettbewerb stehen, gewaltige Investitionen getätigt. Klima und Volkswirtschaft können darauf nicht verzichten. Die energieintensive Industrie muss daher dabei unterstützt werden, kräftige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Das würde sicherstellen, dass der Aufschwung dekarbonisiert gestaltet wird und Investitionen in die richtige Richtung gehen. Konkret schlagen wir hier einen Industrie-De karbonisierungs-Fonds vor.

Besonders das „Fit for 55“-Klimapaket erhitzt derzeit die Gemüter in der heimischen Industrie. Was ist das Problem an diesem Paket?

Die österreichische Industrie unterstützt das Ziel der EU, langfristig klimaneutral zu werden. Mit ihrer Investitionskraft ist sie Ermöglicher der Klimatransformation. So lange aber kein globales Level Playing Field – also keine gleichen Wettbewerbsbedingungen – herrscht, erfordert das höhere 2030 EU-Treibhausgasziel einen ausreichenden Abwanderungs- und Verlagerungsschutz (Carbon Leakage-Schutz) und die Vermeidung von Mehrbelastungen für Schlüsselindustrieweige. Das Paket genügt leider nicht im Ansatz, um Industrieunternehmen, die sich in einem globalen Wettbewerb befinden, eine hinreichende Perspektive für eine erfolgreiche Transformation am Standort Europa zu eröffnen. Dabei ist der Erhalt industrieller Produktion in der EU nicht nur für den Erhalt von Arbeitsplätzen, sondern auch klimapolitisch in unser aller Interesse.

Kann Österreich nicht das grüne Vorzeigeland der Welt werden?

Dank Innovation und Technologie ist die Industrie wichtiger Partner auf diesem Weg. Was Innovation und Klimaschutz betrifft, zählen wir bereits

Sobald die Erreichbarkeit vor allem der Fernabsatzmärkte wieder voll gewährleistet sein wird, ist ein weiterer Impuls für die heimischen Exporteure zu erwarten.

zu den Besten. Entscheidend ist, dass die Rahmenbedingungen für die innovativen Unternehmen stimmen. ■

Autor: Stephan Scoppetta



Wirtschaftsstandort Österreich – Quo Vadis?

Die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Maßnahmen haben die globale Wirtschaft ins Chaos gestürzt. Auch Österreich blieb wirtschaftlich nicht verschont. Der Wirtschaftsstandort braucht nun neue Perspektiven.

Österreich, das in der Pro-Kopf-Betrachtung zu den wirtschaftsstärksten Ländern in Europa gehört, wurde von der gegenwärtigen Krise hart getroffen. Nun heißt es das Wachstum wieder anzukurbeln, damit die Prosperität wieder nachhaltig zunehmen kann. Österreich muss wieder ein Standort werden, an dem sich Unternehmen gerne ansiedeln. Die gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Viruspanemie erfordern jedoch das Beschreiten neuer Wege.

Krisenerprobt – und doch ist alles anders

Nach der Finanzkrise 2009 konnte im Land ein durchgängiges Wachstum der Wirtschaftsleistung verbucht werden. Die zurückliegenden 10er-Jah-

re verliefen aus ökonomischer Sicht sehr gut. Die Krise, die 2020 begann, hat jedoch andere Dynamiken als die Finanzkrise 2009.

Das zeigt sich auch im Vergleich des Arbeitsmarktgeschehens im Jahr 2009 und im Jahr 2020. Während Auswirkungen der Krise auf den Finanzmärkten im dritten Quartal 2008 erst zeitversetzt im Jahr 2009 aufgetreten sind, waren die Folgen des Lockdowns Mitte März 2020 schlagartig am heimischen Arbeitsmarkt sichtbar. Im Jahr 2009 waren vor allem Unternehmen der Warenproduktion und Arbeitnehmer der Überlassungsbranche von der Krise betroffen, im Jahr 2020 lag der Schwerpunkt der steigenden Arbeitslosigkeit, der rückläufigen Beschäftigung und der Arbeitskräfte

in Kurzarbeit im Dienstleistungsbereich. Im Jahr 2009 ging die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozent zurück, die Arbeitslosigkeit stieg um 22,6 Prozent. Im Jahr 2020 waren die Auswirkungen der Krise mit einem Beschäftigungseinbruch um 2,1 Prozent und einem Arbeitslosigkeitsanstieg von 35,9 Prozent wesentlich massiver, so eine Analyse des AMS. „Nach der traurigen Erfahrung des Jahres 2020 erscheint die damals so große Wirtschaftskrise des Jahres 2009 geradezu klein. Obgleich durch die Förderung von mehr als eine Million Menschen in Kurzarbeit noch Schlimmeres verhindert werden konnte, kostete Corona noch viel mehr Menschen den Job“, so AMS-Chef Johannes Kopf.

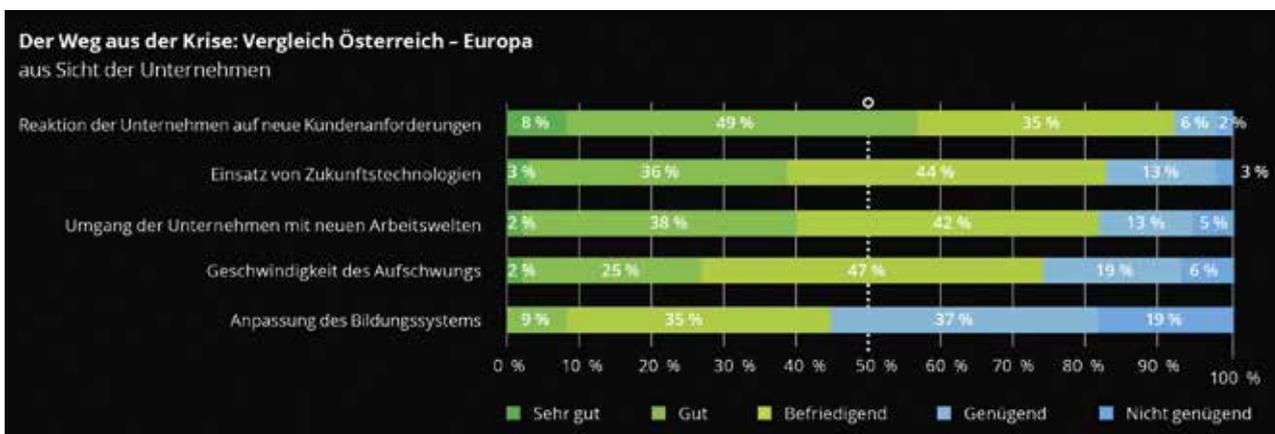
Konjunkturmotor Industrie

Gemäß der aktuellen Schnellschätzung des WIFO expandierte die österreichische Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal um 4,3 Prozent und lag um 11,4 Prozent über dem Vorjahresquartal. Damit setzte nach den beiden negativen Vorquartalen erstmals wieder Wachstum ein. Nachdem die Industriekonjunktur im ersten Quartal an Fahrt zunahm, setzte sich die positive Dynamik im zweiten Quartal weiter fort. Die Wertschöpfung in der Industrie (ÖNACE 2008, Abschnitte B bis E) stieg im zweiten Quartal um 2,3 Prozent (nach +2,7 %). Die Bauwirtschaft stagniert auf hohem Niveau (-0,6 % nach +4,8 %).

Auch die Investitionsnachfrage der Unternehmen entwickelte sich positiv. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden um 2,1 Prozent ausgeweitet (1. Quartal 2021 +3,3 %). Ein weiteres Wachstum könnten allerdings Schwierigkeiten in den Lieferketten, die derzeit hohen Rohstoffpreise und der immer noch akute Fachkräftemangel erschweren.

So sehen es die CEOs

Laut dem Deloitte Radar, mit dem jedes Jahr die Attraktivität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Wirtschaftsstandortes ermittelt wird, dämpft die anhaltende Krise die Zuversicht der Unternehmen. Aktuell glauben nur mehr 27 Prozent der heimischen Führungskräfte, dass Österreich den Aufschwung im Vergleich zu anderen europäischen Staaten „Gut“ oder „Sehr gut“ meistern wird. Zum Vergleich: im Sommer 2020 waren es noch 64 Prozent. Zuversichtlich sind jedoch fast zwei Drittel der Führungskräfte, dass der Standort Österreich die Krise rasch und gut meistern wird. Vor allem bei selbst steuerbaren Erfolgsfaktoren sind die Unternehmensvertreter optimistisch. Dazu Harald Breit, Partner und CEO von Deloitte Österreich: „Für unsere Volkswirtschaft ist es spielentscheidend, wie schnell wir wieder an Fahrt aufnehmen können. Im Europavergleich liegt Österreich beispielsweise im IMD-Ranking aktuell nur auf Platz 19 und damit bestenfalls im Mittelfeld. Andere vergleichbare



Im Deloitte Radar 2021 gaben 250 Österreichische Top-Unternehmer an, wie sich aus ihrer Sicht der Weg aus der Krise – im Vergleich zu Europa – darstellt.



Mit einer Senkung der Lohnnebenkosten kann der Wirtschaftsstandort unterstützt werden.

Länder wie Dänemark, Schweden, die Schweiz oder die Niederlande liegen deutlich besser. Wir müssen jetzt an den richtigen Stellschrauben drehen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um erfolgreich aus der Krise zu kommen.“

Stärkung des Wirtschaftsstandortes

Die österreichischen Führungskräfte haben aber auch klare Vorstellungen davon, welche Maßnahmen der Wirtschaft jetzt auf die Sprünge helfen können: Neben der lange geforderten Senkung der Lohnnebenkosten (92 %) werden die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung (96 %), des Schulsystems (93 %) und des Gesundheitssystems (93 %) als wichtigste Maßnahmen genannt. Auch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (89 %) sowie die Förderung von Investitionen (87 %) – speziell im Bereich Umwelttechnologien (86 %) – werden

als Teil der Lösung gesehen. „Wir brauchen eine umfassende Digitalisierungsoffensive insbesondere im Schulbereich, im Gesundheitswesen und in der öffentlichen Verwaltung, um die bestehenden Versäumnisse auszuräumen. Nur so kann sich der Wirtschaftsstandort Österreich für die Zeit nach der Pandemie wappnen und an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen“, ist Harald Breit überzeugt. Nun, diese Forderungen sind nicht neu, es ist jetzt aber unbedingt erforderlich sie rasch umzusetzen, um nicht weiter an Boden zu verlieren.

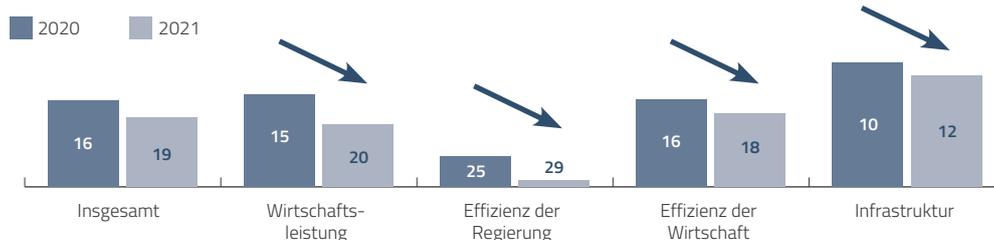
World Competitiveness Yearbook 2021

Auch das World Competitiveness Yearbook 2021 des International Institute for Management Development (IMD) zeigt auf, dass sich Österreich jetzt einigen Herausforderungen stellen muss, um zukünftig zu den besten Standorten aufzuschließen. Österreich ist, wie gesagt, im Wettbewerbsranking 2021 auf den Rang von 2019 zurückgefallen und belegt insgesamt Rang 19 im 64-Staaten-Vergleich. Damit liegen wir um fünf Plätze schlechter als noch 2020.

Um den Aufstieg zu schaffen, müssen Struktur-reformen also wieder verfolgt werden, auch muss die Transformation zu einer wettbewerbsfähigen Ökologisierung der Wirtschaft gelingen sowie die digitale Wirtschaft weiter ausgebaut werden. Denn die Top Länder im IMD-Ranking nehmen vor allem im Bereich Innovation Spitzenpositionen ein, das muss auch das Ziel für Österreich sein. ■

Autorin: Herta Scheidinger

Österreich fällt in den Plätzen und in allen vier Kategorien des World Competitiveness Yearbook zurück



Quelle: IMD

„Europa sollte seine Krallen ausfahren und selbstbewusster auftreten“

Wolfgang Hesoun, Generaldirektor der Siemens AG Österreich, über die Folgen der Corona-Pandemie, die Grüne Wende und die fehlende Reziprozität im Internationalen Handel.

Die Corona-Krise hat in den vergangenen 1,5 Jahren tiefe Spuren in der heimischen Volkswirtschaft hinterlassen. Aber Österreich ist vergleichsweise gut durch diese schwere Zeit gekommen. Was waren aus Ihrer Sicht wichtige Faktoren, für die Krisenbewältigung?

Wolfgang Hesoun: Österreich hat die Corona-Krise gut gemeistert. Von Beginn der Krise an wurde von staatlicher Seite viel Geld in die Hand genommen, um Arbeitsplätze zu sichern und Betriebe zu retten. Das war der einzig richtige und gangbare Weg. Heute stehen wir besser da als viele andere Staaten. Was die Zukunft betrifft wird viel davon abhängen, ob es im Herbst zu einer weiteren Pandemie-Welle kommt, welche Auswirkungen die Aufhebung der Unterstützungsmaßnahmen haben, und ob in Österreich weiterhin ein investitionsfreundliches und sicheres Klima herrscht.

Vor der Krise wurde prognostiziert, dass unzählige heimische Unternehmen untergehen werden. Bisher ist das noch nicht passiert. Kommt hier noch der große Crash oder haben wir das Schlimmste bereits hinter uns?



Sorge bereiten uns eine gewisse Knappheit bei Vorprodukten, die internationalen Lieferengpässe in der Industrie und damit verbundene Preissteigerungen. Diese Aspekte werden sicherlich noch länger anhalten. Die Gründe hierfür liegen im kräftigen Aufschwung in China und den USA, leider aber auch in staatlichen Eingriffen in den Export. An einen großen Crash glaube ich nicht, wengleich wir die Ärmel aufkrepeln müssen. Entscheidend für die weitere Entwicklung ist sicherlich eine

möglichst schnelle und umfassende Durchimpfung der Bevölkerung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich jemand noch einen vierten Lockdown wünscht.

Wie kann dies gelingen?

Uns ist es firmenintern gelungen eine beachtliche Durchimpfungsrate zu erzielen. Rund 80 Prozent unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind entweder bereits geimpft oder werden sich bald impfen lassen. Wir gehen von einer finalen Durchimpfungsrate von über 90 Prozent aus. Gelungen ist uns dies durch eine umfassende Information unter Einbeziehung von Experten.

Sie forderten noch im April für insolvenzgefährdete Unternehmen einen Rettungsschirm. Mit Staatsgarantien könnten Liquiditätsengpässe überbrückt werden. Hält man damit nicht „Zombie-Unternehmen“ am Leben?

Hier geht es nicht darum, dass Geschäftsmodelle, die keine Zukunft haben am Leben erhalten werden sollen, sondern, dass die Corona-Einschränkungen zu Verlusten oder Abwertungspflichten bei Unternehmen, die nachweislich ein gesundes und zukunftsträchtiges Geschäftsmodell haben, führen. Dies wiederum wirkt sich auf die Eigenkapitaldecke von Unternehmen aus und kann ein kritisches Maß erreichen – mit Auswirkungen nicht nur für diese, sondern auch für eine Reihe an vor- oder nachgelagerten Unternehmen.

Laut Prognose der IV wird die österreichische Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau im laufenden dritten Quartal wieder überschreiten. Können wir uns jetzt wieder zurücklehnen und alles geht weiter wie vorher?

Da wäre ich vorsichtig, denn einerseits profitieren wir derzeit stark von den aufgelegten Konjunkturpaketen. Diese sind jedoch punktuelle Spritzen, wengleich mit langfristigen Lenkungseffekten. Andererseits haben wir einige Bremsfaktoren, wie

„Wir sehen Investitionen in den Klimaschutz als Chance.“

die derzeit schwierige Planbarkeit, hohe Lohnnebenkosten oder aber der Fachkräftemangel. Wenn es uns nicht gelingt, das Angebot und die steigende Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Arbeitsmarkt in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen, schwächt das den Wirtschaftsstandort als Ganzes. Gerade im Hinblick auf stetig steigende Bedeutung von Digitalisierung und Technologie müssen wir uns in diesen Bereichen gut aufstellen können, um als Land wettbewerbsfähig zu bleiben.

Umweltministerin Leonore Gewessler aber auch die Europäische Union fahren einen sehr straffen klimapolitischen Kurs. Alle 27 EU-Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Sie vereinbaren hierzu, die Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Welche Auswirkungen wird das auch auf die heimische Wirtschaft haben?

Wir sehen in der grünen und digitalen Transformation große Zukunftschancen, und hier kommt das große wenn – wenn diese mit Maß und Ziel erfolgt. Der Ansatz ist gut, nur müssen vorab die Vorlaufzeiten mit den Möglichkeiten der Umsetzung zusammenpassen. Wir wollen alle eine sichere Versorgung mit erneuerbarer Energie, insbesondere Strom, grünes Gas und Wasserstoff. Dies muss zu wettbewerbsfähigen Kosten und in realisierbarer Zeit erfolgen. Dies ist allerdings nur zu schaffen, wenn Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte bis hin zum Ausbau der Elektromobilität drastisch beschleunigt werden. Wir dürfen in oder als Europa jedoch nicht zur grünen Oase werden, die die Industrie und alles was mit einem CO₂-Ausstoß verbunden ist, verbannt. Die Alternative ist, dass wir im Internationalen Wettbewerb, Stichwort China, ins Hintertreffen geraten. Das wünsche ich uns nicht, denn damit ist sicherlich auch ein erheblicher Wohlstandsverlust verbunden.

Trifft dieser große Wandel die europäische Wirtschaft nicht zu einer Unzeit, denn noch geschwächt von Corona geht es jetzt in den nächsten Umbau?

Diese Frage stellt sich nicht, denn es ist wie es ist. Meist braucht es Druck, um ernsthafte Veränderungen herbeizuführen. Natürlich müssen wir uns alle rasch überlegen, wie wir mit der Klimakrise umgehen. Wir brauchen eine breite internationale Kooperation, faire und gleiche Regeln für alle, wie beispielsweise international einheitliche, verbindliche CO₂-Bepreisung, Investitionen in moderne Technologie, aber auch die soeben angesprochenen schnelleren Genehmigungen.

Ein Schwenk Richtung Nachhaltigkeit ist doch für

Siemens die große Chance. Das Unternehmen ist sehr stark im Bereich nachhaltiger Technologie engagiert. Werden jetzt die Weichen auf Zukunft gestellt?

Wir orientieren uns seit Jahren an Megatrends, wie Urbanisierung oder demographischer Wandel. Wenn man sich diese genauer ansieht, liegt es auf der Hand, dass wir mit den natürlichen Ressourcen achtsamer umgehen und nachhaltiger agieren müssen. Wir sehen Investitionen in den Klimaschutz daher als Chance, weil wir selbst stark daran arbeiten, unseren CO₂-Ausstoß zu reduzieren, aber auch die dafür notwendigen Technologien am Markt anbieten.

Für welche Themen braucht es dringend politische Weichenstellungen?

Erfreulich wäre ein Ausbau der Forschungsförderung. Jedenfalls aber schnellere Genehmigungen und ganz eindeutig Bildung. Wir suchen händeringend nach Fachkräften. Wir haben derzeit rund 100 offene Positionen, etwa mit Fokus auf Software-Entwicklung sowie Applikations- und IT-Spezialisten.

Welche Learning sollten wir auch aus der Krise ziehen?

Die Vorteile globaler Beschaffung – besonders im asiatischen Raum – liegen im ersten Blick sicherlich in den niedrigeren Kosten. Im Falle von Liefer-schwierigkeiten, wie derzeit in der Corona-Krise, sehen wir aber ganz klar, dass hier oftmals nicht alle Kosten und Risiken in die Bewertung der Vergabeentscheidungen eingeflossen sind. Heute stellt sich der Import von Waren und Dienstleistungen aus anderen, besonders südost-europäischen Märkten, oftmals als wirtschaftlicher und jedenfalls auch als umweltfreundlicher dar. Corona war und ist sicherlich Anlass wieder ein höheres Augenmerk auf regionale Produktionen zu legen.

Ist die Europäische Union im Vergleich zu den USA und auch China zu liberal? Wäre hier ein Kurswechsel nicht sinnvoll?

Wenn man liberal nicht parteipolitisch motiviert sieht, dann ja. Die weitverbreitete Hoffnung, dass



sich das Land tatsächlich in eine markt-basierte Volkswirtschaft entwickelt, hat sich bis dato nicht realisiert. China versteht es, die Spielräume der WTO-Regeln für sich zu nutzen. Es gibt keine Reziprozität in den Marktzugängen. Auch beobachten wir starke Subventionen im Industriebereich und eine Bevorzugung von Staatsunternehmen, beispielsweise bei Ausschreibungen. Die EU sollte hier vielmehr darauf drängen, dass in den Märkten – das gilt im Übrigen für China genauso wie für die Vereinigten Staaten – die gleichen Möglichkeiten vorliegen, wie wir sie in eben diesen Ländern vorfinden.

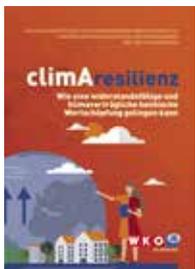
Was sind Themen auf das Europa nun setzen sollte, um mit den großen Wirtschaftsmächten in Zukunft mithalten zu können?

Um bei China zu bleiben, China ist einer der am stärksten abgeschotteten Märkte für Anbieter von internetbasierten Plattformen. Die EU wiederum ist mit nur sieben Prozent der Weltbevölkerung für 20 Prozent der globalen F&E-Investitionen verantwortlich. Das ist ein Spitzenwert. Hier steckt viel Wissen über Künstliche Intelligenz, IoT und Edge Computing drinnen. Die Chancen im Bereich der industriellen Produktion sind riesig. Wir brauchen uns hier nicht kleiner machen als wir sind. China ist in den letzten Jahren zu einer dominanten Handelsmacht und zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt hinter den USA herangewachsen. Das Land darf sich nicht länger hinter dem undefinierten Entwicklungslandstatus verstecken und Europa sollte seine Krallen ausfahren und selbstbewusster auftreten. ■

Autor: Stephan Scoppetta

Wie resilient ist die heimische Industrie gegenüber Krisen und künftigen Herausforderungen?

Verwerfungen in den globalen Lieferketten, die COVID-Pandemie und der Umbau der Produktionswirtschaft vor dem Hintergrund von Klimapolitik und Green Deal zeigen, wie wichtig die Resilienz von Produktionsketten in der Industrie ist. Die BSI-Studie climAresilienz zeigt Lösungen auf.



Eine Kurzfassung der Studie climAresilienz steht unter: wko.at/industrie zum Download bereit.

Anpassungsfähigkeit und Innovation waren schon immer für den Erfolg und die Überlebensfähigkeit der industriellen Produktion essenziell. Beides wird auch zur Bewältigung von zwei aktuellen Herausforderungen nötig sein: Die COVID-19-Wirtschaftskrise zeigt auf, wie verletzlich und abhängig global vernetzte Wertschöpfungsketten geworden sind. Doch Krisen bieten auch die Möglichkeit, die Struktur von Lieferketten oder klassische Konsummuster zu hinterfragen und neue Wege anzudenken. Die erstaunlich hohe Resilienz in der gegenwärtigen COVID-Krise ist bei vielen Unternehmen auf Erfahrungen aus der Weltfinanzkrise ab 2008 zurückzuführen. Aktuelle Erfahrungen und Lösungsansätze werden daher auch für die Zukunft nützlich sein.

Die zweite Herausforderung stellt der Green Deal der Europäischen Union dar, der ambitionierte (Klima)ziele verfolgt und den Umbau der Wirtschaft einfordert. Er stellt konventionelle Herstellungstechniken, Lieferketten und Produkte vor völlig neue Herausforderungen. Carbon Leakage, also die Gefahr einer Auslagerung von energie- und klimaintensiven Herstellungsprozessen in nicht-EU-Länder ist allgegenwärtig, wo eine CO₂-Bepreisung nicht alle Marktteilnehmer gleich trifft. Ebenso besteht die immer größere Gefahr, dass erhöhte Importe als ein willkommener Weg zur Verbesserung der nationalen Klimabilanz angesehen werden, was hingegen aus Sicht der globalen CO₂-Emissionen vermieden werden müsste.

Strukturierten Analyse

Um die Resilienz von Unternehmen und Branchen angesichts dieser Situation bewerten und systematisch stärken zu können, bedarf es einer strukturierten Analyse. Im Auftrag der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich haben die Autoren der Studie *climAresilienz* exemplarisch für ausgewählte heimische Produktionsketten die Widerstandsfähigkeit gegenüber einer Veränderung der gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen untersucht. „Wir wollen die Mechanismen von Krisen und Unsicherheiten in der Produktionswirtschaft besser verstehen, denn die Auswirkungen betreffen uns alle. Die Effekte auf Steuereinnahmen oder auf die nationalen und globalen CO₂-Emissionen sollten die Politik auf den Plan rufen“, so Mag. Andreas Mörk, Geschäftsführer der WKÖ-Bundessparte Industrie.

Doch wo Risiken sind, sind auch Chancen. Deshalb konnten zusätzliche Wertschöpfungspotenziale identifiziert werden. Berechnungen der volkswirtschaftlichen Effekte und der Effekte auf die nationalen und globalen Treibhausgasemissionen gewährleisten, dass die ökonomische, soziale und ökologische Dimension gleichermaßen berücksichtigt wird und die zusammenfassenden Schlussfolgerungen tatsächlich zukunftstauglich sind. Denn künftige Entscheidungen brauchen eine möglichst gute Bewertungsbasis. „Mit der Studie wollen wir zeigen, dass es bereits passende Werkzeuge gibt, um die Produktion in Österreich seriös und nach den Maßstäben der Nachhaltigkeit auf die künftigen Herausforderungen vorzubereiten“, so Univ. Doz. Dr. Andreas Windsperger und DI Bernhard Windsperger, Autoren der Studie.

Multiplikatoren

Um die Wichtigkeit einer funktionierenden Industrie aufzuzeigen, ist nur ein kurzer Blick auf deren Multiplikatorwirkung in den Wertschöpfungsketten nötig. Denn diese ist beachtlich. „COVID-19 zeigt, wie wichtig die Erhaltung der industriellen Selbständigkeit ist. Das gilt nicht nur für strategisch wichtige Produktionen, son-

dern für den gesamten Sektor: Ein Euro Wertschöpfung in der Industrie generiert zwei Euro Wertschöpfung in Österreich, ein Beschäftigungsverhältnis in der Industrie garantiert 2,5 Beschäftigungsverhältnisse in diesem Land. Ich denke, das spricht für konsequente politische Entscheidungen zur Stärkung der Resilienz in der Produktionswirtschaft“, macht Robert Schmid, Umweltsprecher der WKÖ-Bundessparte Industrie, Geschäftsführer Baunit-Group, Schmid Industrie Holding, deutlich.

Beispiele aus der Praxis

Zementproduktion: Rohstoffversorgung muss zukunftsfit gemacht werden.

Wenn die Eisen- und Stahlindustrie dekarbonisiert, verliert die Zementindustrie viele Millionen Tonnen Hüttensande als wertvolle Zuschlagstoffe – Alternativen müssen gesucht werden. Bewährte Lösung: Regionales Recycling mineralischer Baustoffe (derzeit bereits ca. 80 Prozent Recyclingquote bei Bau- und Abbruchabfällen) – dieses

Ansätze für die Zukunft

- Viel F&E ist nötig, um am Ball zu bleiben
- Rechtliche „Sandbox“-Lösungen bis zur Marktreife von Produkten
- Unternehmen müssen die Möglichkeit haben, mit heutigen Produkten die Transformation zu finanzieren – dazu sind Gewinne nötig. EU Taxonomie Regeln dürfen keinesfalls den gesunden Unternehmen das Wasser abgraben.
- Lohnnebenkostensenkung hat höchste Priorität, um personellen und finanziellen Spielraum für F&E zu schaffen.
- Beseitigung von Zöllen, Transporthindernissen und Handelshemmnissen sind für österreichische Exporte von großer Dringlichkeit.

deckt aktuell aber nur knapp zehn Prozent des jährlichen Materialbedarfes von ca. 100 Millionen Tonnen. Die Branche benötigt für verstärktes Recycling ein taugliches Abfallrecht, eine sortenreinere Trennung (für hochqualitative Recyclingprodukte) und mehr Abbruchmaterialien, um die Mengen entsprechend zu erhöhen. Am Abbau von mineralischen Rohstoffen führt daher kein Weg vorbei, weshalb große Hoffnungen in die österreichische Rohstoffstrategie gesetzt werden.

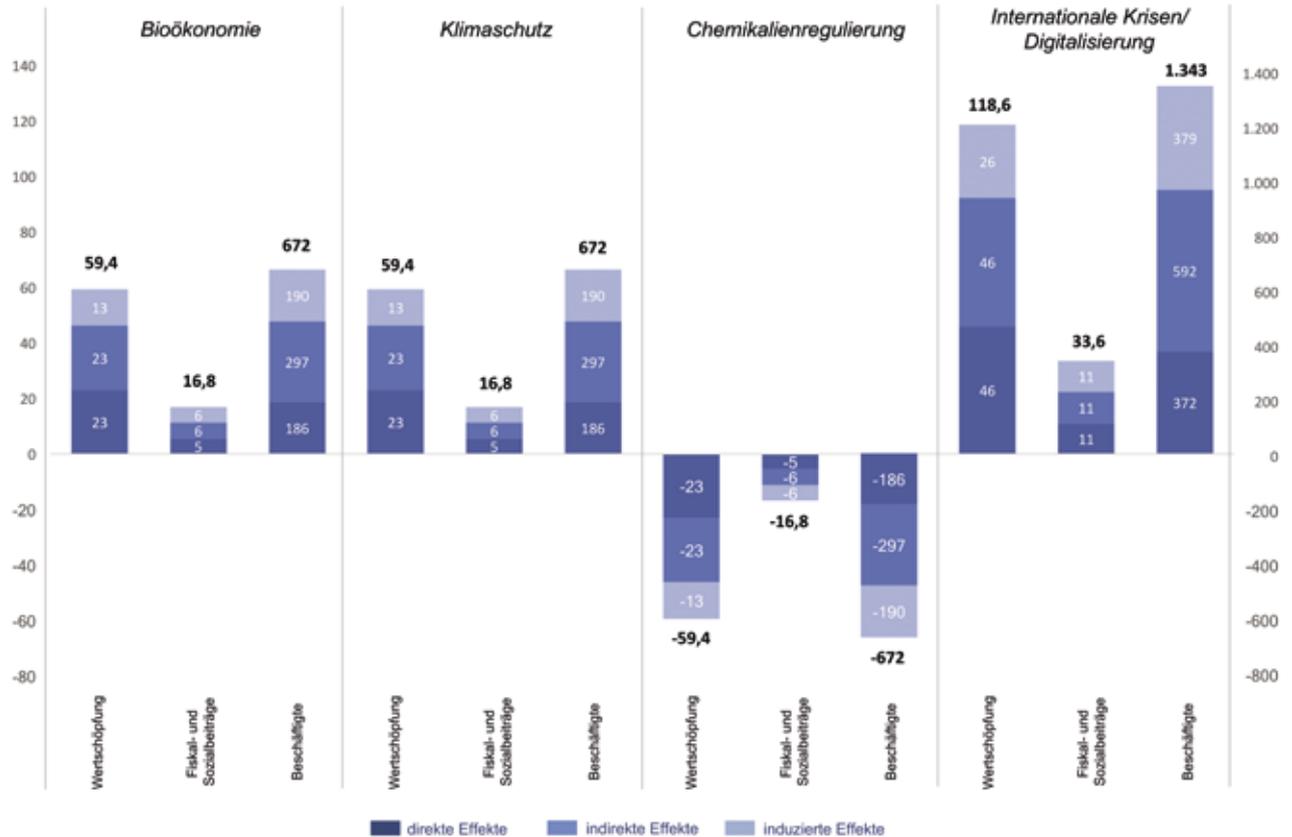
Holzindustrie: Bioökonomie muss für den Green Deal liefern

Die Bioökonomie boomt in der Holz-, Chemie- und Lebensmittelindustrie. Die dafür nötigen nachwachsenden Rohstoffe sind jedoch stark begrenzt. In der EU und in Österreich werden

derzeit Biodiversitätsstrategien erarbeitet. Wenn diese umgesetzt werden – Ziel: 30 Prozent der Landesfläche unter „wirkungsvollem“ Schutz (in Österreich 14 %), zehn Prozent unter „strengstem“ Schutz (in Österreich derzeit 3 %) – droht die Verknappung von Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen.

„Wir als Industrie glauben fest daran, dass Schutz und Nutzung vereinbar sind. Setzt sich die Außernutzungstellung (= Stilllegung von Flächen) aber durch, fördert dies die Verlagerung der Produktion in Weltgegenden, wo Rohstoffe tatsächlich vorhanden sind – samt Negativauswirkungen wie geringeren Produktions-Standards, Raubbau, dauerhaftem Biodiversitätsverlust ... Die Biodiversitätsstrategien sind so zu gestalten, dass sie nicht zu Stolpersteinen für die Umsetzung des Green Deal der EU werden“, so Mörk.

Sozioökonomische Auswirkungen in der Produktionskette Verpackung für verschiedene Szenarien



		Gefahren AM MARKT			Chancen AM MARKT		
		!!!	!!	!	+	++	+++
Gefahren IN DER PRODUKTION	!!!						HO ³
	!!	ZE			HO		
	!			PS			
Chancen IN DER PRODUKTION	+				PS ⁴		
	++			ZE ⁴		HO ¹	
	+++						

Matrix der Auswirkungen von Maßnahmen-Empfehlungen innerhalb eines Szenarios

Legende: * ZE = Zement, HO = Holz PS = Polystyrol, * Farben/Nummern der Ringe stellen die konkreten Maßnahmen-Empfehlungen dar, * Die Pfeile zeigen die Veränderungen am Markt und in der Produktion ausgehend vom Basis-Zustand im Szenario (graue Kreise)

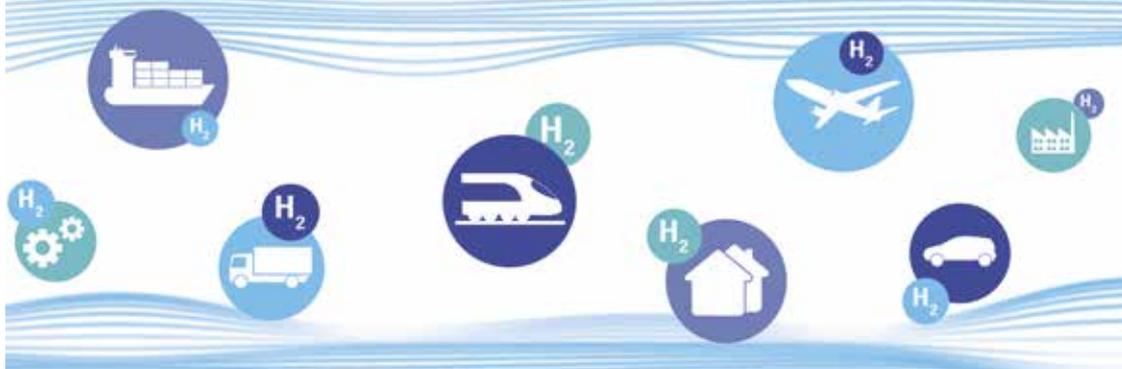
Durchdachte Kreislaufwirtschaft benötigt Zeit und Engagement

Ein rascher, verpflichtender Anteil von Recyclingquoten in Textilien ist angesichts der Globalisierung derzeit noch realitätsfremd – aus entsorgten 3-Euro-T-Shirts lassen sich (noch) keine hochwertigen Markisen, medizinische Schutzkleidungen oder Automotive-Textilien produzieren. Vieles ist politisch erst in der Pipeline (EU Textilstrategie, die Gründung europäischer Recycling-Hubs ...) und wird die Politik und beteiligte Stakeholder noch vor große Herausforderungen stellen. Österreichische Hersteller setzen Konzepte bereits um: „Cradle to Cradle-Modelle“ bei der Herstellung von Gemüsenetzen oder der Einsatz von PET-Recyclingmaterialien bei Automotive-Textilien. Ein österreichischer Hersteller hat kürzlich den European Green Award für die Nutzung von Recycling-Garnen zur Herstellung von Heimtextilien gewonnen. Der vermehrte Einsatz von weiter entwickelten Monomaterialien gegenüber Mehrkomponentenmaterialien wird das Recycling von Textilien deutlich erleichtern.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kommt die Studie zum Schluss, dass heimische Wertschöpfungsketten besser als erwartet auf internationale Krisen und Unwägbarkeiten vorbereitet sind. Der anstehende Strukturwandel in der Produktionswirtschaft, ausgehend von Klima- und Umweltzielen, birgt jedoch Risiken für die Resilienz der untersuchten Branchen. Diese Risiken können durch kluge politische Maßnahmen minimiert oder sogar zur Gänze abgewendet werden. Damit wirtschaftliche Vorteile, gesellschaftliche Vorteile und Klima-Vorteile aus zukünftigen Entwicklungen tatsächlich genutzt werden können, sind systematische Folgenabschätzungen auf Basis von Lebenszyklus-Analysen unersetzbar. Die Studie *climAresilienz* liefert dazu methodische Vorschläge, praktische Werkzeuge und Handlungsempfehlungen, die gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der heimischen Industrie entwickelt wurden.

Die Studie *climAresilienz* wurde vom IIO gemeinsam mit dem IWI verfasst.



Durch Kooperation und Innovation wird Wasserstoff (H₂) zu Wertschöpfung

Wasserstoff ist nicht nur Energie– sondern vor allem Hoffnungsträger. Dabei balanciert das leichteste und häufigste uns bekannte Element zwischen dem Status als potentieller Klimaretter, technologischen Barrieren und wirtschaftlicher Machbarkeit.

Gemäß den aktuellsten vom Weltklimarat präsentierten Ergebnissen zur Klimakrise ist eine drastische und vor allem rasche Reduktion der Treibhausgasemissionen unumgänglich, um die weitere Erwärmung zumindest einzudämmen. Aufgrund ihrer technischen Potentiale zum Ersetzen relevanter Emissionsquellen durch klimaneutrale Lösungen gelten H₂-Technologien international wie national als die Lichtgestalt etwaiger Klimastrategien.

Die im Zuge des „Green Deal“ veröffentlichte H₂-Strategie der EU avisiert einen ambitionierten Ausbau der Produktionskapazitäten von grünem Wasserstoff innerhalb der EU bis 2030. Im Rahmen des EU-Legislativpakets „Fit for 55“ soll dabei ein einheitlicher rechtlicher Rahmen zur Etablierung eines Marktes für grünen Wasserstoff geschaffen werden. Die Integration in bestehende Wertschöpfungs-systeme erfordert neben klaren Rahmenbedingungen auch ein ambitioniertes FTI-Umfeld zu technologischer und wirtschaftlicher Machbarkeit. Die heimische H₂-Wirtschaft verfügt mit einer ausgeprägten F&E-Kompetenz und stark vernetzten Kooperationsstrukturen über genügend Kernsubstanz, um dieses Spannungsfeld beispielbar zu machen und in zukünftigen Wohlstand für Österreich zu übersetzen.

Technologieentwicklungen erfolgen weitestgehend in-house & diversifiziert

Das Spektrum möglicher Tätigkeitsbereiche, welche Unternehmen im Bereich Wasserstoff vorfinden,

ist breitgestreut und lässt sich d'accord mit der Einteilung bestehender Initiativen in (klimaneutrale) Produktion, Verteilung & Distribution und Anwendungstechnologien unterscheiden.

Das Gros der Unternehmen ist in mehr als einer dieser Wertschöpfungsdimensionen aktiv und weist damit ein diversifiziertes Profil auf. So sind beinahe alle Unternehmen der H₂-Produktion zusätzlich in der H₂-Infrastruktur geschäftstätig; Unternehmen, die sich mit der Distribution von Wasserstoff befassen, setzen ebenso häufig auf Speicherung als Teil ihres Produktportfolios. Reine Anwender sind seltener zu finden, die Entwicklung der genutzten Technologien erfolgt in der Regel in-house und nicht durch Dritte. Unter anderem deshalb weist die Dimension der Anwendungstechnologien vermehrt Schnittmengen zu den anderen Dimensionen auf.

Der Grad der Diversifizierung korreliert außerdem mit steigender Unternehmensgröße und dem Anteil des durch H₂-Aktivitäten erwirtschafteten Umsatzes am Gesamtumsatz (Durchdringung). Eine rege Start-up Aktivität signalisiert eine junge und wachsende Marktumgebung. Die jeweiligen Unternehmen positionieren sich dabei häufig in mehreren Wertschöpfungsdimensionen und damit als Anbieter für H₂-Systemlösungen.

Mobilitätsschwerpunkt heimischer H₂-Aktivitäten

Gemessen an dem durch Wasserstoff generierten Umsatz sind H₂-Anwendungstechnologien aus dem

Bereich der Mobilität Motor der heimischen Aktivitäten. Dementsprechend vertreten ist die Branche der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen teilen; etwa 34 Prozent des H₂-Umsatzes wird hier erwirtschaftet. Zum Vergleich: auf die ebenso relevanten Branchen Maschinenbau, Metallerzeugung und -bearbeitung sowie Energieversorgung entfällt in Summe ebenso ein Drittel.

In einer aktuellen Studie des IWI zur Automotiven Zuliefererindustrie wird deutlich, dass ein bestehender Informationsmangel über potentielle Wertschöpfungsmöglichkeiten als Eintrittsbarriere wirkt. Der in der Vergangenheit diametral gedachte Konflikt um die technologische Zukunft der Mobilität entwickelt sich zunehmend hin zu einem neuen Paradigma integrierter und kontextabhängiger Lösungen. Die Zukunft von H₂-Technologien sehen die Automotiven Zuliefererunternehmen vorwiegend in der Güterbeförderung (KFZ, Schiene, Schifffahrt), wo sich aufgrund technologischer Vorteile gegenüber rein batterieelektrischen Systemen (Reichweite, Gewicht) potentielle Geschäftsfelder eröffnen.

Kooperation, ausgeprägter F&E-Fokus sowie hoher Vernetzungsgrad charakterisieren die Unternehmenssubstanz

Bei Großunternehmen ist Wasserstoff zumeist nur Teilaspekt der Geschäftstätigkeit, die unternehmerische Leistungskraft bedingt jedoch trotz geringerer Durchdringungsraten (Ø 2 %) den Großteil des H₂-Umsatzes (ca. 80 %). Mit den damit verbundenen finanziellen Ressourcen setzen sie wichtige F&E-Akzente zur technologischen Weiterentwicklung. Kleinunternehmen weisen die höchste Durchdringung (Ø 31 %) ihrer Geschäftsaktivitäten mit H₂-Technologien auf und betätigen sich damit häufiger ausschließlich im Bereich Wasserstoff. Dabei sind sie in speziellen Nischen aufgestellt, in denen sie durch hohe F&E-Aktivität und intensive Teilnahme an der heimischen Förderlandschaft Vorläufercharakter bilden, wodurch sie für die Zukunft strukturbildend sein werden.

Eine Analyse des Regionalspektrums offenbart die Bedeutung heimischer Cluster-Initiativen. In

den Bundesländern Steiermark, Oberösterreich und Wien werden in Summe etwa 75 Prozent des Wasserstoffumsatzes erwirtschaftet. Damit spielen Kooperation, Vernetzung sowie der Wissens- und Kompetenzaustausch eine gewichtige Rolle zur Überführung der intensiven Forschungsbestrebungen in eine marktreife und wirtschaftliche Anwendung.

Besonders hohe durchschnittliche Durchdringungsraten sind im Bundesland Tirol (Ø 23 %) zu finden. Vor diesem Hintergrund zeigt sich das Potential eines, bereits angekündigten, reinen und österreichweiten H₂-Clusters mit Sitz in Tirol, welcher helfen kann, die heimischen Kompetenzen zu bündeln und durch Kooperation und Vernetzung in Wirtschaftskraft zu übersetzen.

Zur Besetzung des entstehenden und durch europäische Rahmenbedingungen gestärkten Marktes erscheint die Bündelung der heimischen Forschungsbestrebungen als Ankerpunkt. Die bereits bestehenden Aktivitäten zeigen hohen Vernetzungsgrad innerhalb der heimischen Volkswirtschaft und lösen dadurch weitreichende Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte aus, denn das bespielte Branchenspektrum aktiviert besonders vitale Teile der heimischen Unternehmenssubstanz. So sichert jeder Wasserstoff-Arbeitsplatz 1,78 weitere Beschäftigungsverhältnisse in der heimischen Volkswirtschaft und jeder direkt generierte Wertschöpfungseuro löst zusätzlich 1,37 Euro aus.

Damit beinhalten H₂-Technologien nicht nur das Versprechen der Klimaneutralität, sondern auch die Chance auf zukünftigen Wohlstand und Beschäftigung. Aufgrund der dafür notwendigen Energiemengen und schon bestehenden Importabhängigkeiten im Bereich Energie ist die zukünftige Rolle Österreichs als Nettoproduzent für grünen Wasserstoff unwahrscheinlich. Mit den vorhandenen Kompetenzen eröffnet sich jedoch die Chance, Österreich als Vorreiter und wichtigen Technologielieferant zu positionieren. ■

Autor: Nikias Dick, BSc BSc, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

Automotive Zulieferindustrie als Exporterfolg – Strategien für Post-COVID

Die Automotive Zulieferindustrie bildet einen wesentlichen Bestandteil der heimischen Volkswirtschaft.

In Österreich gibt es rund 900 Unternehmen in der Automotiven Zulieferindustrie. Sie beschäftigen insgesamt 193.000 Mitarbeitende und erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von 68 Mrd. EUR. Mit einem Automotiven Umsatzanteil in Höhe von 28 Mrd. EUR (Produktionswert 25 Mrd. EUR) werden vier von zehn Euro in dieser teilweise sehr diversifiziert aufgestellten Unternehmenssubstanz konkret durch Automotive

Motor der österreichischen Volkswirtschaft dar. Das gesamte Automotive Wertschöpfungs-system ist umgeben von zahlreichen Netzwerken, die sich rund um Produzenten und Lieferanten entwickeln. Ein Blick auf die Kundenstruktur der Automotiven Zulieferer zeigt, dass die meisten Abnehmer (74 %) auf der Ebene der Tier 1 tätig sind. Ein ähnlich großer Teil (61 %) beliefert direkt den OEM-Bereich. Daneben zählt der Tier 2 Bereich (37 %) häufig zu den Kunden der Automotiven Zulieferindustrie. Dabei sind die Automotiven Zulieferunternehmen Österreichs heterogen aufgestellt und verfügen über Zugehörigkeiten in verschiedenen Subbranchen. Das Spektrum reicht von Produkten für die Elektrik und Elektronik über Komponenten für den Antriebsstrang bis hin zu Teilen der Karosserie und Interieur sowie diversen Dienstleistungen für die Fahrzeugindustrie.



Produkte und Dienstleistungen erwirtschaftet. Die Automotiven Zulieferunternehmen charakterisieren sich seit Jahren als exportstarke Industrie mit einer Automotiven Exportquote von 86 Prozent. Automotive Produkte und Dienstleistungen bieten den Unternehmen Möglichkeiten, international tätig zu sein und eine über die Grenzen hinweg gehende Resilienz aufzubauen.

Vielschichtigkeit und Kundenstruktur als Schlüsselfaktor

Aufgrund der intensiven Vernetzungen, die sich über die Unternehmensgrenzen hinweg erstrecken, stellen die Automotiven Unternehmen einen

Internationalisierung als Rückgrat des Unternehmenserfolges

Konsequente Internationalisierungsstrategien haben dazu geführt, dass mehr als neun von zehn Unternehmen der Automotiven Zulieferunternehmen auf globalen Märkten tätig sind. Exportaktivitäten bilden sohin einen wesentlichen Grundstein für die Branche. Neben dem Export umfassen die Auslandsaktivitäten den Vertrieb, ebenso wie die Produktion. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen (70 %) exportieren – davon insbesondere Mittelunternehmen – nach Zentral- und Westeuropa. Die Hälfte der Zulieferunternehmen (49 %) exportiert nach Süd- und Osteuropa. Mehr als die Hälfte der Unternehmen, die in EU-Staaten exportieren, beliefern den Produktionsbereich. Jedes zweite Unternehmen ist im Bereich Service auf europäischer Ebene tätig, vier von zehn Unternehmen im Bereich Forschung & Entwicklung. Deutschland, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Italien sind als wichtigste Exportmärkte der österreichischen Automotiven Zulieferunterneh-

men innerhalb der EU-Staaten zu nennen. Ebenfalls ein beachtlicher Anteil der Automotiven Zulieferer führt Produkte nach Ostasien (35 %) sowie nach Nordamerika (USA und Kanada) (31 %) aus. China und die USA stellen hier wichtige Exportmärkte dar.

Die größten Wachstumschancen rechnen sich die Automotiven Unternehmen weiterhin für den asiatischen und nordamerikanischen Markt aus. Durch die Veränderung von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (COVID-19-Krise, BREXIT, Handelsbarrieren etc.) sehen sich Zulieferer teilweise bereits jetzt veranlasst, ihre Produktions- und Lieferantennetzwerke neu zu strukturieren. Der Druck, vor Ort zu produzieren und präsent bzw. nahe dem Kunden zu sein, setzt sich fort. Viele der Unternehmen sehen die Notwendigkeit der Umstrukturierung (94 %) am heimischen Standort sowie die Verschiebung von Marktanteilen (41 %) als wahrscheinlich.

COVID-19-Pandemie

Zulieferketten im Automotive Bereich sind international aufgestellt und dementsprechend abhängig von globalwirtschaftlichen Entwicklungen. Schon vor der Corona-bedingten Krise hat die Branche einen Transformationsprozess durchlaufen, der sich durch die Pandemie verschärft und beschleunigt hat. Ungewissheit auf weiten Bereichen der Produktion und Dienstleistung, hoher Kosten- und Innovationsdruck sowie Rohstoffknappheit und anfällige globale Lieferketten belasten die Branche, in einer Zeit, in der vielerorts Produktionsprozesse zurückgeschraubt und pausiert wurden. Dreiviertel der Unternehmen geben an, durch die COVID-19-Pandemie mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert gewesen zu sein.

Die COVID-19-Pandemie hat auch die Exportaktivitäten der heimischen Automotiven Zulieferindustrie wesentlich beeinflusst. Zwischen März und September 2020 haben 83 Prozent der Unternehmen einen Rückgang der Exportaktivitäten festgestellt, 6 Prozent haben keine Veränderung erlebt,

während 11 Prozent der Unternehmen in der COVID-19-Pandemie mehr Produkte und Dienstleistungen ins Ausland geliefert haben.

Neben den Herausforderungen bietet die Situation auch eine Chance der Stärkung und Neupositionierung. 71 Prozent der Unternehmen rechnen damit, dass die Exporte bis 2022 im Vergleich zum Jahr 2019 steigen werden. 10 Prozent erwarten keine Veränderungen und 19 Prozent gehen davon aus, dass in den folgenden drei Jahren die Exportaktivitäten geringer sein werden. Vor allem Großunternehmen sind optimistisch eingestellt und rechnen trotz oder gerade wegen möglicher Veränderungen in den nächsten Jahren mit positiven Entwicklungen.

E-Mobilität und Wasserstoff

Die Automobilindustrie steht durch die neuen Formen der Mobilität, besonders der Elektromobilität und Wasserstofftechnologien, vor einem großen Wandel und enormen Herausforderungen. Die Entwicklung solcher Fahrzeuge stellt die Automobilindustrie und ihre Zulieferer vor tiefgreifende Veränderungen, sowohl in technologischer Hinsicht als auch im Hinblick auf Geschäftsmodelle. Wasserstofftechnologien können als Erweiterung oder Alternative zu rein elektrischen (batteriebasierten) Lösungen gesehen werden. Anwendungsbereiche stellen hier neben dem Personenverkehr, vor allem der (Fern-)Güterverkehr, Last- und Schwertransporte dar.

Für die Automotive Zulieferindustrie bietet dies die Möglichkeit den Transformationsprozess voranzutreiben. Geschäftsmodelle müssen neu gedacht und Produktionsanlagen umgerüstet werden. Finanzielle Herausforderungen (v. a. für kleinere Unternehmen) stehen dabei genauso zu Buche, wie die Möglichkeit in neuen Märkten zu reüssieren. In dieser Transformationsphase, in der sich die Unternehmen derzeit befinden, stehen Entscheidungen an, die für viele Unternehmen von substantiellem Charakter sind. ■

Autor: Daran Demirel, MSc, BA, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Industriegewissenschaftliches Institut (IWI)



Schlüsselindustrie für die Dekarbonisierung

Die chemische Industrie trägt durch ihre Forschungstätigkeit und Innovationskraft dazu bei, die Klimaziele ebenso zu erreichen wie einen ökonomisch nachhaltigen Aufschwung.

Die chemische Industrie gehört zu den größten und bedeutendsten Branchen in Österreich. Neben der Kunststoff- und Pharmaindustrie umfasst sie auch die Produktion von organischen und anorganischen Chemikalien, Kunststoffen, Fasern, Lacken, Gummiprodukten und vielen mehr. Das Bild der chemischen Industrie wird von mittelständischen Betrieben mit durchschnittlich rund 150 Mitarbeitern geprägt. Fast jeder dritte Beschäftigte in der chemischen Industrie ist in einem KMU tätig. Lediglich 50 Unternehmen der Branche beschäftigen mehr als 250 Arbeitnehmer.

Etwa 47.000 Beschäftigte in der Branche haben 2020 Waren im Wert von über 15 Milliarden Euro hergestellt. Von den etwa 240 Mitgliedsunternehmen des Fachverbandes der Chemischen Industrie

(FCIO) weisen die Kunststoffverarbeiter den höchsten Produktionswert auf. Dahinter folgen die Pharmaindustrie und die Kunststoffherzeugung. Die chemische Industrie ist eng mit dem Ausland verflochten und so gehen 73 Prozent der Produktion in den Export. Zahlreiche Unternehmen halten Auslandsniederlassungen in der ganzen Welt oder üben als Tochterunternehmen multinationaler Konzerne die Headquarter-Funktion für Mittel- und Osteuropa aus.

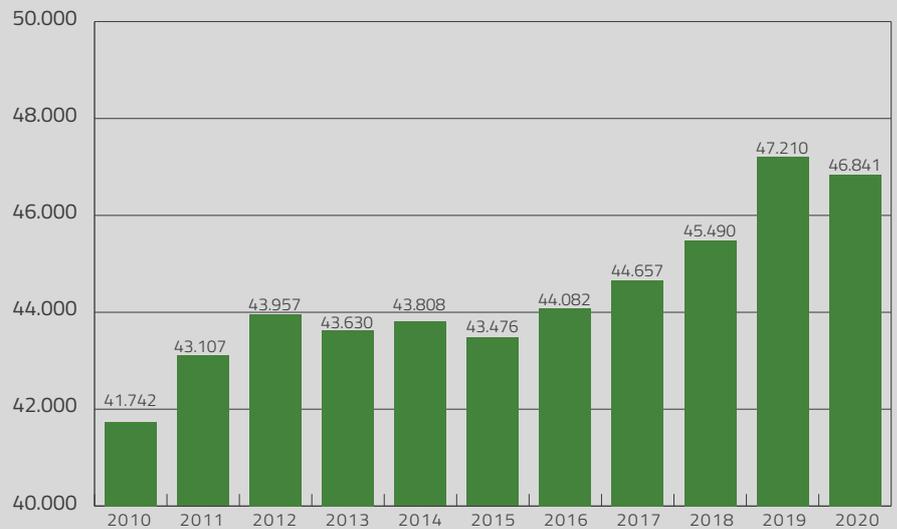
Der FCIO setzt sich für einen ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen und attraktiven Chemiestandort Österreich mit einem forschungs- und technologiefreundlichen Umfeld ein, in dem die chemische Industrie mit ihrer Innovationskraft Lösungen für die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen entwickeln und liefern kann.

Auswirkungen der Corona-Krise

Im Corona-Jahr 2020 waren die Entwicklungen in den einzelnen Branchen der chemischen Industrie unterschiedlich. Während der Absatz von Wasch- und Reinigungsmitteln stieg und die Bereiche der Bauchemie nahezu das Vorjahresniveau einhalten konnten, waren vor allem die größeren Segmente der chemischen Industrie teilweise mit massiven Produktionsrückgängen konfrontiert: Die Kunststoffverarbeitung musste ein Minus von -9 Prozent verzeichnen, die Kunststoffherzeugung ging um -7,5 Prozent zurück. Die Herstellung von Pharmazeutika lag mit -5,9 Prozent ebenfalls deutlich unter dem Wert von 2019. Die schwierige internationale Situation zeigte sich auch bei den organischen und anorganischen Grundstoffen, die um -8,2 Prozent zurückgingen. Lacke, Anstrichmittel und Klebstoffe schnitten mit einem Minus von -0,9 Prozent in Anbetracht der Krise deutlich besser ab als erwartet. Die Produktion von Agrochemikalien sank um -4,6 Prozent. Die Faserherstellung war mit einem Einbruch von -26,2 Prozent die am stärksten betroffene Branche. Neben der sinkenden Nachfrage in zahlreichen Kundensegmenten der chemischen Industrie hatten gerade zu Beginn des ersten Lockdowns auch massive Lieferprobleme stark negative ökonomische Auswirkungen. Ein Großteil der Firmen musste Wirtschaftshilfen in Anspruch nehmen und es wurde Kurzarbeit in einem großen Teil der Unternehmen eingeführt.

Die wirtschaftliche Situation der Unternehmen der chemischen Industrie ist derzeit mit zahlreichen Unsicherheiten verknüpft. Zwar sind bei Auftragseingängen positive Entwicklungen zu verzeichnen, dafür ist durch die zunehmende Verknappung auf den Rohstoffmärkten die Situation derzeit für viele Branchen und Firmen extrem herausfordernd. Die nach wie vor bestehende Gesundheitskrise dämpft die Wachstumsaussichten

Beschäftigte und Betriebe der chemischen Industrie 2007 - 2020



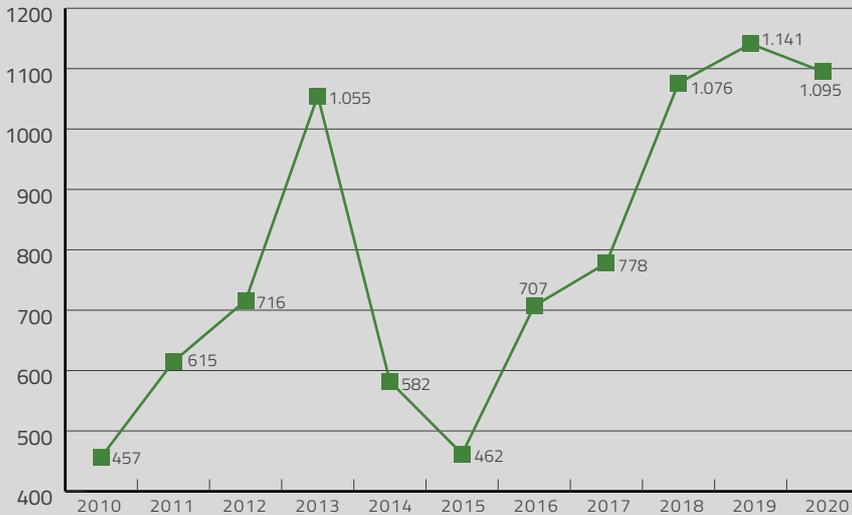
Quelle: kammersys/sawobld1220/Statistik; 7.4.2021/SB

ebenfalls. Umso wichtiger ist es, dass bei den kommenden Konjunkturpaketen sowie Innovations- und Forschungsförderungen die richtigen Impulse gesetzt werden. Mit Unterstützung des Fachverbandes der Chemischen Industrie soll so viel Wertschöpfung und Know-how wie möglich im Inland bleiben. Nur so ist auch ein ökonomisch nachhaltiger Aufschwung in Österreich möglich. Die chemische Industrie kann dafür zahlreiche Produkte und Technologien anbieten, die in den verschiedensten Zukunftsfeldern zum Einsatz kommen: Klimaschutz (z.B. thermische Sanierung, Wasserstofftechnologien, Kreislaufwirtschaft), Infrastrukturausbau, Versorgungssicherheit bei Medikamenten, Agrarchemie usw.

Beitrag der chemischen Industrie zum Klimaschutz

Die Unternehmen der chemischen Industrie arbeiten laufend daran, ihren Energieverbrauch zu optimieren. Auch bei den Produktionsprozessen setzen die Unternehmen der chemischen Industrie – vor allem im Bereich der energieintensiven Grundstoffindustrie – schon seit vielen Jahren auf Energieeffizienzmaßnahmen. Zudem leistet die Branche mit ihren Produkten einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Energieeffizienz sowie zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen. So sorgen Produkte wie Dämmstoffe, Kunststoffe bei Verpa-

Investitionen in der chemischen Industrie



Quelle: WIFO/Investitionstest; Werte in Mio. €; SB/15.4.2021

ckungen und im Auto, Niedrigtemperaturwaschmittel und Anti-Fouling Farben für eine positive Energie- und Treibhausgasbilanz.

Der FCIO hat in einer Studie prüfen lassen, wie eine klimaneutrale Produktion mit einem deutlich niedrigeren Bedarf an zusätzlichem erneuerbarem Strom umgesetzt werden könnte. Die Ergebnisse zeigen, dass neben der Verwendung von erneuerbarem Wasserstoff und dem Einsatz von biobasierten Produkten der Schlüssel zur Dekarbonisierung in einer massiven Forcierung von Kunststoffrecycling liegt. Denn Treibhausgase werden erst bei der Verbrennung von Kunststoffen emittiert, nicht jedoch, wenn diese im Kreislauf geführt werden. Bei der Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen wird häufig unterschätzt, welche großen Treibhausgas-Reduktionspotenziale eine umfassende Kreislaufwirtschaft beisteuern könnte. In der Chemieindustrie in Österreich würde der zusätzliche Energiebedarf für die Dekarbonisierung durch Kunststoffrecycling um die Hälfte sinken und es könnten jährlich bis 2,4 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Die Unternehmen der Branche forschen bereits intensiv an technischen Lösungen für die Transformation. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Förderung von Wasserstofftechnologien braucht es die Kreislaufwirtschaft als dritte große Säule auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Forschungsfreudige Unternehmen

Weltweit hat die chemische Industrie im Jahr 2019 fast 46,1 Milliarden Euro in die Forschung investiert. Diese Forschungsausgaben sind in den letzten zehn Jahren um 78 Prozent gewachsen. Auch in Österreich nimmt der Bereich der Forschung einen großen Stellenwert ein. Ein wichtiger Bereich ist „Umwelt und Nachhaltigkeit“, wobei die Dekarbonisierung einen Schwerpunkt bildet. Besonders die Frage, wie man weg vom Rohstoff Erdöl

kommt bzw. wie man den ökologischen Fußabdruck minimieren kann, ist hier von Bedeutung. So wird aktuell daran geforscht, statt fossilen Rohstoffen CO₂ als Kohlenstoffquelle zu nutzen. Im beschränkten Maße findet dies jetzt schon statt. Es gibt die Möglichkeit, die sehr reinen Emissionen aus der Ammoniak- bzw. Synthesegaserzeugung abzuscheiden und sie stofflich weiterzuverwenden. Allerdings steht man bei der Verwendung von CO₂ als Rohstoffquelle noch vor einer großen Hürde, denn CO₂ stellt eine energetische Senke des Kohlenstoffs dar und jegliche chemische Verwendung ist mit einem erheblichen Energieaufwand verbunden.

Ein anderer wichtiger und spannender Forschungsbereich betrifft die Gesundheit. Als Beispiel kann die CAR-T-Zelltherapie gelten. Mit ihr können Hospizpatienten, die an einer bestimmten Art von Blutkrebs erkrankt sind und bei denen herkömmliche Therapien nicht angeschlagen haben, mit einer 80-prozentigen Wahrscheinlichkeit geheilt werden.

Auch der Biotechnologie kommt eine hohe Bedeutung zu. Der gezielte Einsatz von Mikroorganismen ermöglicht etwa die Verwertung natürlicher Ressourcen um Plattformchemikalien wie Ethanol oder Zitronensäure zu gewinnen. Besonders in der Pharmaindustrie spielt die Biotechnologie eine große Rolle. Nicht nur für die Herstellung von Antibiotika,

Insulin oder Impfstoffen. Gerade wenn es um personalisierte Medizin geht, ist die Biotechnologie als Forschungsfeld nicht mehr wegzudenken.

Durch die Zunahme der Weltbevölkerung ist die Verbesserung der Ernährungssituation und damit der Landwirtschaft ein wichtiges Thema. Aber auch bei der Umstellung auf nachhaltige Rohstoffe wird eine höhere Ausbeute der zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Fläche benötigt. Forschung im Bereich Pflanzenschutz und Düngemittel wird somit auch in Zukunft nicht an Bedeutung verlieren.

Fachkräftemangel entgegenwirken

Um den Bereich der Forschung aber auch der Produktion weiter auszubauen, benötigen die Betriebe der chemischen Industrie gut ausgebildete Fachkräfte. Der Mangel an qualifizierten Mitarbeitern wurde bei der Innovationserhebung der Statistik Austria am häufigsten als Hemmschuh genannt. Um junge Leute für einen Beruf in der chemischen Industrie zu begeistern, setzt die Branche bereits im schulischen Bereich auf Kooperationen. „Der Fachverband ist bestrebt, das Interesse für Chemie und speziell für Forschung zu erhöhen. Dies geschieht Großteils durch Maßnahmen im Bildungsbereich. Gemeinsam mit den Chemielehrern fördern wir Lehrerfortbildungen und Schülerwettbewerbe. Wir verteilen Experimentiersets an Volksschulen, um schon bei den Kleinen Neugierde für Chemie zu wecken. Außerdem bemühen wir uns auch noch um die Begabtenförderung und unterstützen die Austragung der Chemieolympiade, prämiieren die besten vorwissenschaftlichen Arbeiten aus dem Bereich der Chemie und laden jährlich begabte Schüler auf ein Chemiecamp nach Wien ein“, so Fachverbandsobmann Prof. Hubert Culik. Aber auch innovative Unterrichtsmaterialien werden vom Fachverband unterstützt, um das Interesse der Schüler an Chemie zu wecken und zu fördern: Mit der Handy-App „Waltzing Atoms“ kann man Moleküle und chemische Reaktionen in 3D visualisieren. Beim Konzept von „flex-based learning“ werden Schüler aufgefordert, selbständig mehrere Lösungswege für Aufgabenstellungen zu erarbeiten.



Die Ausbildungsmöglichkeiten in Richtung Chemie sind sehr vielfältig. In der Branche werden mehrere spezifische Lehrberufe angeboten: Labortechnik mit verschiedenen Modulen, Chemieverfahrenstechnik, Kunststofftechnik und Kunststoffformgebung oder Pharmatechnologie. Auch mehrere HTLS sind auf Chemie spezialisiert: In Wien die Rosensteingasse oder der Kunststoffzweig am TGM, aber auch in Wels, Dornbirn oder Kramsach gibt es Chemie-Schwerpunkte an HTLS. Molekulare Biomedizin, technische Chemie, Biochemie, Polymerchemie, Material- und Nanowissenschaften, Verfahrenstechnik und vieles mehr kann man an verschiedenen Standorten in Österreich studieren. Vervollständigt wird das Ausbildungsangebot durch einen Fachhochschullehrgang in Krems.

Um die Bereiche Forschung und Produktion weiter auszubauen, benötigen die Betriebe der chemischen Industrie gut ausgebildete Fachkräfte.

Herausforderungen meistern

Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, braucht es für Fachverbandsobmann Culik ein standortfreundliches Konjunkturpaket mit zukunftssträchtigen Schwerpunkten für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung nach der Pandemie, wettbewerbsfähige Bedingungen für die stark exportorientierte Branche, Unterstützung der Forschung und Investitionen und die Förderung naturwissenschaftlicher Bildung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. ■

Autorin: Helene Tuma

„Die chemische Industrie ist eine sehr forschungsfreudige Branche“



Fachverbandsobmann Prof. Hubert Culik über die Auswirkungen der Corona-Krise, den Beitrag der chemische Industrie zur Eindämmung des Klimawandels und die Vorteile und Herausforderungen von Kunststoffrecycling

Herr Prof. Culik, welche Bereiche umfasst die chemische Industrie?

Hurbert Culik: Die chemische Industrie ist eine sehr vielfältige Branche. Die meisten denken bei Chemie wohl an Produkte wie Stickstoff, Zitronensäure oder Chlor. Das ist auch richtig, aber auch Kunststoffe, Medikamente, Viskosefasern, Lacke,

Gummiwaren und vieles mehr kommen aus der chemischen Industrie.

Wie hat sich die Corona-Krise auf die Unternehmen des Fachverbandes ausgewirkt?

Die Corona-Krise ist an uns nicht spurlos vorübergegangen. Der Sektor hatte einen Umsatzrückgang von sieben Prozent. Natürlich waren nicht alle Bereiche gleich betroffen. Wir haben viele Produkte zu bieten, die im Kampf gegen die Pandemie sehr entscheidend sind: Vliese für Masken, Gummihandschuhe, natürlich Medikamente, aber auch Seifen und Desinfektionsmittel für die Hygiene, sowie Kunststoffverpackungen für Lebensmittel sind in Pandemiezeiten sehr gefragt. Diese Produzenten kamen teilweise der gestiegenen Nachfrage gar nicht hinterher. Lieferanten für die Hotellerie, die Veranstaltungs- oder Automobilbranche hingegen litten sehr unter der Pandemie.

Wie groß sind die Themen Forschung, Entwicklung und Innovationen?

Die chemische Industrie ist eine sehr forschungsfreudige Branche. Acht Prozent aller Forschungsausgaben im Unternehmenssektor stammen aus der Chemie. Ihre Ausgaben für Forschung lagen zuletzt bei etwa 700 Millionen Euro. 80 Prozent unserer Mitglieder sind innovationsaktiv. Dies ist der zweithöchste Wert im Produktionssektor. Aktuell sind in der chemischen Industrie Österreichs etwa 3.800 Mitarbeiter im Bereich Forschung und Entwicklung beschäftigt. Das sind mehr als acht Prozent der Beschäftigten oder anders gesagt: Jeder zwölfte Mitarbeiter in der chemischen Industrie ist in der Forschung tätig.

Welchen Beitrag kann die chemische Industrie zur Eindämmung des Klimawandels leisten?

Abgesehen von den Bestrebungen der Branche, die CO₂-Emissionen zu senken – seit 1990 wurden die CO₂-Emissionen schon halbiert –, spielt die chemische Industrie dank ihrer Lösungskompetenz und Innovationskraft eine Schlüsselrolle bei der

Dekarbonisierung: Alle Green Deal-Lösungen wie Sonnenkollektoren, Batterien, Windturbinen und Wasserstoff bis hin zu Gebäudeisolierungen und leistungsstärkere Elektronik brauchen Stoffe aus der chemischen Industrie.

Im Green Deal sind Reduktionsziele für Emissionen, aber auch die Chemikalienstrategie und die Arzneimittelstrategie verankert. Wie wird die chemische Industrie diese Herausforderungen bewältigen?

Die chemische Industrie unterstützt grundsätzlich die Ziele des European Green Deals. Die Bekämpfung des Klimawandels ist jedoch eine globale Herausforderung, die nur von der EU mit anderen wichtigen Wirtschaftsmächten gemeinsam gelöst werden kann. Je anspruchsvoller die Vorgaben für weitere, über die bereits geltenden – strengen – Standards hinausgehende Maßnahmen sind, umso besser und wirkungsvoller muss der Schutz gegen Carbon Leakage und neue einseitige Kostenvorteile im internationalen Standortwettbewerb ausgestaltet werden. Durch jede Tonne CO₂, die von der chemischen Industrie in Österreich emittiert wird, können etwa 1,8 Tonnen CO₂ global eingespart werden. Es ist also von großer Relevanz für das Klima, dass die Produktion bei uns vor Ort bleibt.

Wie wird es die chemische Industrie schaffen, trotz all dieser Herausforderungen, am internationalen Markt zu bestehen?

Um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, sind leistbare Strompreise eine Voraussetzung. Was beim Green Deal immer noch fehlt, ist ein zielführendes Modell für die geplanten Grenzausgleichsmaßnahmen zum Klimaschutz. Die bisherigen Ansätze weisen erhebliche Risiken für die exportorientierte chemische Industrie auf. Die Gratiszertifikate für betroffene Unternehmen, welche im internationalen Vergleich die niedrigsten Emissionen aufweisen, werden auf jeden Fall weiterhin notwendig sein.

Klimaschutz muss vor allem auf Transformationsunterstützung setzen. Es braucht Instrumente zur Förderung von Forschung und Innovation, aber

auch Investitionsförderungen bei der Errichtung von Produktionsanlagen mit alternativen Technologien.

Wie kann Kunststoffrecycling zur CO₂ Einsparung beitragen?

Eine Studie hat ergeben, dass für die Dekarbonisierung der österreichischen chemischen Industrie durch eine Umstellung der Prozesse zusätzlich 60 TWh Ökostrom notwendig wären. Das sind 60 Donaukraftwerke der Größe Freudenau. Dieser extrem hohe Bedarf an erneuerbarem Strom kann gesenkt werden, wenn man Kunststoffrecycling massiv forciert. Da Treibhausgase erst bei der Verbrennung von Kunststoffen emittiert werden, nicht jedoch, wenn diese im Kreislauf geführt werden, könnten in Österreich so jährlich bis 2,4 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Durch die Wiederverwertung von Kunststoffen könnte bis 2040 gleichzeitig die für die Dekarbonisierung der Branche zusätzlich benötigte Energie von 60 auf 30 TWh halbiert werden.

Gibt es aus Ihrer Sicht Wünsche an die Politik, was Rahmenbedingungen hierfür betrifft?

Für einen funktionierenden Kunststoffkreislauf muss vor allem genügend Rezyklat in ausreichender Qualität zur Verfügung stehen. Dazu braucht es deutliche Steigerungen sowohl bei der Sammlung als auch verbesserte Sortiersysteme. Da Recycling schon bei der Produktentwicklung mitgedacht werden muss, sind EU-weit einheitliche Vorgaben im Bereich Design for Recycling notwendig. Um die Potenziale der Kreislaufwirtschaft für die Klimawende nutzen zu können, ist die Anerkennung von Recycling als Klimaschutzmaßnahme Voraussetzung. Dazu fehlen jedoch noch die gesetzlichen Regelungen, denn derzeit wird die Wiederverwertung von Kunststoffen nicht als Beitrag der Branche zum Klimaschutz anerkannt. Auch muss chemisches Recycling durch verschiedene Maßnahmen – von der rechtlichen Verankerung bis zu Investitionsförderungen – forciert werden. ■

Interview: Helene Tuma

Die internationale Konjunktorentwicklung

Die Konjunktüreinschätzung für das laufende Jahr hat sich weiter gefestigt, auch die Prognosen für 2022 wurden zuletzt hinauf gesetzt. Hohe Nachfrage und Störungen der Lieferketten haben zu einem Kosten- bzw. Inflationsdruck geführt, wobei letzterer der Wirtschaftspolitik gar nicht ungelegen kommt.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Der kräftige Aufschwung der Weltwirtschaft ist in den letzten Monaten durch Angebotssengpässe und logistische Probleme sowie einer Einschränkung der expansiven Fiskalpolitik in China auf Hindernisse gestoßen, ein stärkerer Wachstumsschub in den entwickelten Industrieländern dürfte aber dennoch das globale Wirtschaftswachstum – wie bereits vor dem Sommer prognostiziert – im laufenden Jahr auf rund sechs Prozent anheben. Dank eines steilen Aufschwungs könnten die Industrieländer insgesamt im Jahr 2021 das wirtschaftliche Niveau des Jahres 2019 erreichen oder knapp übertreffen, die Schwellen- und Entwicklungsländer dürften im laufenden Jahr eine um rund vier Prozent höhere Wirtschaftsleistung als 2019 erzielen.

Für das kommende Jahr erwartet der Internationale Währungsfonds (IMF) ein neuerlich überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum (global) von 4,9%. Die Erwartungen bezüglich 2022 haben sich zuletzt weiter verbessert, da ein erheblicher Teil der gegenwärtig durch Engpässe verhinderten Produktion im kommenden Jahr nachgeholt werden kann. Insgesamt könnte damit bereits Ende 2022 weltweit der langfristige Wachstumspfad wieder erreicht werden – bei allerdings deutlichen regionalen Unterschieden, wobei Europa zu den Nachzüglern zählt.

Handelszentren sind historisch immer auch Knotenpunkte von Pandemien. Daher sind die in den letzten Monaten aufgetretenen Störungen im globalen Handel nicht verwunderlich. Überraschend ist eher, dass diese Störungen innerhalb relativ überschaubarer Grenzen geblieben sind. Der Anstieg des Handelsvolumens im laufenden Jahr soll (laut

IMF) bei 9,7% liegen, womit der deutliche Einbruch des Handelsvolumens im Jahr 2020 überkompensiert werden würde. Bemerkenswerter als dieses „Comeback“ ist der Umstand, dass der IMF auch im Jahr 2022 mit einem deutlich Anstieg des internationalen Handelsvolumens rechnet (+7,0%), andere Prognosen sind hier etwas vorsichtiger (wenn auch ebenfalls positiv gestimmt). Die zur Anfangszeit der Corona-Krise politisch postulierte Strategie einer bewussten Rückführung der globalen Handelsverschränkungen scheint somit in der Realität keine Spuren zu hinterlassen.

Aus dem Zusammenspiel von kräftiger Nachfrage und Friktionen im globalen Warenverkehr ergibt sich zwangsläufig ein erhöhter Preisdruck. Zudem sind verschiedene Rohstoffpreise gestiegen, aus unterschiedlichen Gründen: Bei den Energierohstoffen besteht die Erhöhung vor allem in einer Kompensation von Preisrückgängen in den Jahren 2019 und (vor allem) 2020. Anders ist die Situation bei den Industrierohstoffen (Metallen), wo Lieferengpässe, hohe Nachfrage und ein struktureller Aufwärtstrend zusammentreffen. Bei den Agrarrohstoffen sind im Detail höchst unterschiedliche Faktoren für die Preiserhöhungen verantwortlich, insgesamt scheint es sich aber um konjunkturell-zyklische Preisbewegungen zu handeln.

Aufgrund der starken globalen Konkurrenzsituation können viele Unternehmen die Preiserhöhungen nicht – oder nur eingeschränkt – weiter geben. Das zeigt sich in den starken Unterschieden zwischen dem Preisauftrieb bei Rohstoff-, Großhandels- und Produzentenpreisen einerseits und der allgemeinen Inflationsrate andererseits. Damit gerät die Ertragslage vieler Unternehmen unter Druck, trotz guter

Nachfrage. Zuletzt haben aber auch die Inflationsraten zugelegt und (teilweise) den von den Notenbanken vorgegebenen Stabilitätsbereich verlassen. Daraus wurde abgeleitet, dass mit restriktiven Maßnahmen der Notenbanken in absehbarer Zeit zu rechnen ist. Das kann natürlich nicht ausgeschlossen werden: Allerdings kann die Wirtschaftspolitik mit moderat erhöhten Inflationsraten gut leben, da auf diese Weise die zuletzt stark gestiegene Schuldenlast der Staaten auf unauffällige Weise vermindert („weginflationiert“) werden kann. Dies kann aber insofern in einen problematischen Kreislauf münden, als die höheren Inflationsraten in weiterer Folge zu höheren Lohn- und Gehaltsforderungen führen und die Kostensituation der Unternehmen weiter verschärfen.

Im globalen Vergleich haben sich die beiden weltweit größten Volkswirtschaften, die USA und China, wirtschaftlich erfolgreich durch die Corona-Krise bewegt. Für beide Länder zeigen auch die vorlaufenden Konjunkturindikatoren der OECD eine positive Entwicklung, die Wachstumsprognosen für 2022 sind günstig. Deutlich schwächer sind der Euroraum und Japan durch die Krise gekommen, aber für beide sind die Prognosen für das kommende Jahr gut (laut Sommerprognose der EU soll der Euroraum im Jahr 2022 um beachtliche 4,5 % wachsen) und die vorlaufenden Konjunkturindikatoren der OECD weisen ebenfalls in eine positive Richtung. Unter den Emerging Markets weisen – gegen den generellen Trend – die Länder Südamerikas keine gute Entwicklung auf, wobei sich – unter den zwei größten Volkswirtschaften Südamerikas – Brasilien deutlich besser gehalten hat als Mexiko; allerdings hat Brasilien besonders niedrige Wachstumsprognosen für 2022 und eine zuletzt negative Richtung bei den vorlaufenden Konjunkturindikatoren (jedoch auf relativ hohem Niveau).



Nach einer konstanten Verbesserung der Wirtschaftseinschätzung laut „Business and Consumer Survey“ seit Jahresbeginn, hat dieser gesamteuropäische Stimmungsindikator im August erstmals wieder eine leichte Abschwächung gezeigt. Alle Teilaggregate (Industrie, Dienstleistungen, Einzelhandel, Bauwirtschaft, Konsumenten) liegen in ihren Einschätzungen aber weiterhin im überdurchschnittlichen Bereich, die Industrie liegt nahe dem im Juli 2021 erreichten historischen Höchstwert. Die Auftragsbücher der Industrie sind gefüllt, die Fertigwarenlager sind leer. Nur die Produktion liegt nicht nahe den Höchstwerten, wohl ein Abbild der durch Lieferengpässe hervorgerufenen Produktionseinschränkungen.

Auch die per Ende Juli 2021 vorgelegte Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (an der sich fast 400 Unternehmen mit knapp 300.000 Beschäftigten beteiligt haben) stimmt mit dem gesamteuropäischen Stimmungsbild überein, dass die Corona-Krise in ökonomischer Hinsicht für die Industrie anscheinend Geschichte ist. Die Gesamteinschätzung der Geschäftslage hat den besten Wert seit Anfang 2018 erreicht, insbesondere das Niveau der Auftragsbestände ist hoch. ■

2019 geben Industrieunternehmen 5,5 Mrd. EUR für F&E aus

Industrieunternehmen beeinflussen die heimischen Aktivitäten zur Forschung und experimentellen Entwicklung (F&E) maßgeblich und wie keine andere Sparte der Gewerblichen Wirtschaft.

Mag. Andreas Mörk

Die jüngst veröffentlichten Zahlen der F&E-Vollerhebung der Statistik Austria in der Kammersystematik belegen dies erneut: Im Jahr 2019 sind 786 der rund 3.900 F&E-durchführenden Einheiten – und damit ein Fünftel der Einheiten – im Unternehmenssektor der Industrie zugehörig. Rund 5,5 Mrd. EUR der insgesamt 8,7 Mrd. EUR an F&E-Ausgaben der Gewerblichen Wirtschaft stammen aus den Unternehmen der Industrie. Im Vergleich zu den anderen Sparten der Gewerblichen Wirtschaft ist die Industrie jenes Unternehmensaggregat, das die meisten F&E-Ausgaben – aber auch F&E-Beschäftigten des Kammerbereichs – vereint. Als eine der wesentlichen Industriebranchen vereint die Elektro- und Elektronikindustrie in etwa das F&E-Volumen der Sparte Gewerbe und Handwerk; die Chemische Industrie in etwa jenes der Sparte Information und Consulting.



Mag. Andreas Mörk

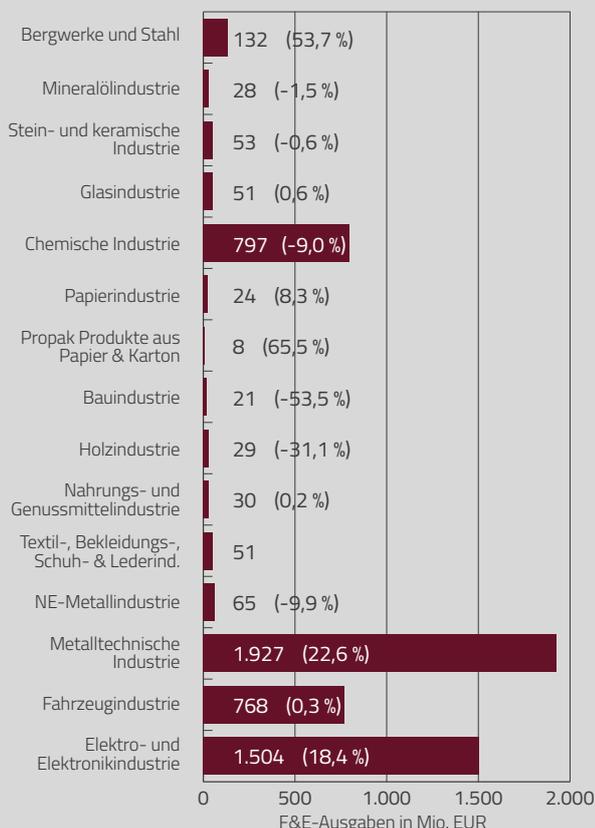
Im Vergleich zum Jahr 2017 wachsen die F&E-Ausgaben der Industrie um rund ein Zehntel bzw. 526 Mio. EUR. Damit trägt die Industrie mehr als 60 % des Zuwachses der F&E-Ausgaben der Gewerblichen Wirtschaft (rd. 860 Mio. EUR). Die Metalltechnische Industrie ebenso wie die Elektro- und Elektronikindustrie – als zwei der vier TOP 4 F&E-treibenden Fachverbände – sind maßgeblich für diesen Aufschwung an F&E-Ausgaben verantwortlich. Gemeinsam mit der Chemischen Industrie sowie der Fahrzeugindustrie zeichnen diese TOP 4 im Aggregat für 91 % der F&E-Ausgaben des Jahres 2019 verantwortlich.

Im Jahr 2019 gibt eine F&E-durchführende Einheit in der Industrie im Schnitt 7 Mio. EUR für F&E aus – dreimal so viel wie eine durchschnittliche Einheit der Gewerblichen Wirtschaft. Überdurchschnittlich hoch sind diese Ausgaben pro Einheit in der Fahrzeugindustrie, der Elektro- und Elektronikindustrie oder der Chemischen Industrie.

Ein durchschnittliches Industrieunternehmen bringt die finanziellen Mittel für F&E-Aktivitäten im Jahr 2019 zu gut drei Viertel selbst auf: zu 61 % sind es Eigenmittel, 10 % entstammen der Forschungsprämie und rund 3 % kommen aus inländischen (verbundenen) Unternehmen. Zudem kommen 24 % der Finanzierung der Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung aus ausländischen (verbundenen) Unternehmen, dies gilt insbesondere in der Metalltechnischen Industrie sowie der Elektro- und Elektronikindustrie. Im Vergleich zur Vorgängererhebung aus dem Jahr 2017 haben die ausländischen (verbundenen) Unternehmen ebenso wie die Forschungsprämie für die Industrieunternehmen im Jahr 2019 an Bedeutung gewonnen. Mit einem Zuwachs von 144 Mio. EUR hat letztere vor allem in den Top 4 der

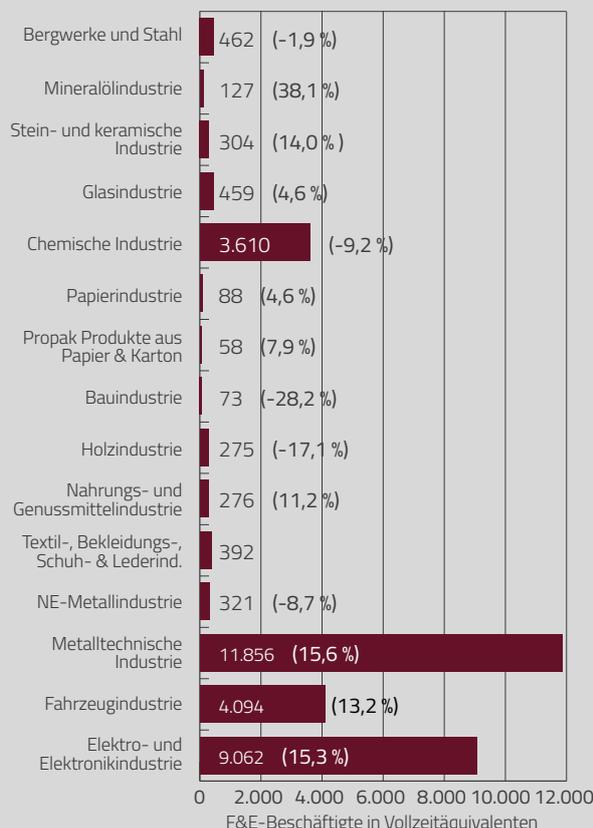
F&E Ausgaben im Unternehmenssektor, 2019
(Veränderungen zu 2017 in Prozent in Klammern)

F&E-Ausgaben, Industrie gesamt,
in Mio. EUR: 5.490 (10,6%)



F&E-Beschäftigte im Unternehmenssektor, 2019
(Veränderungen zu 2017 in Prozent in Klammern)

F&E-Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten,
Industrie gesamt: 31.465 (10,4%)



Anm.: Darstellung ohne Gas/Wärme. Aufgrund von Geheimhaltungen kein Vorperiodenvergleich bei Textil-, Bekleidungs-, Schuh- & Lederindustrie möglich.
Quelle: Statistik Austria (2021) Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammersystematik

F&E-treibenden Fachverbänden – und zudem in der Bergwerke und Stahlindustrie – Forschungsimpulse ermöglicht.

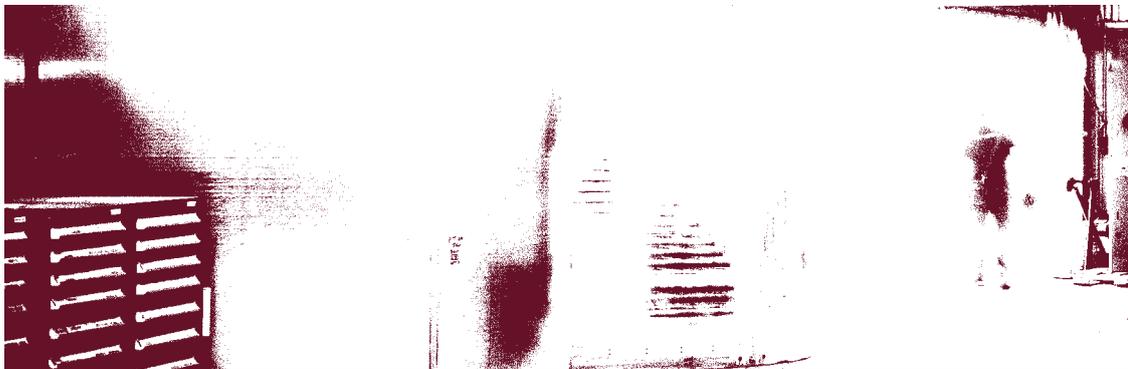
Rund 31.500 F&E-Vollzeitäquivalente sorgen in der heimischen Industrie mit ihrem Wissen und ihrer Expertise für den nötigen Forschungsoutput. Im Jahr 2019 arbeitet mehr als jeder zweite F&E-Beschäftigte der Gewerblichen Wirtschaft in einer F&E-Einheit der Industrie, mehr als 28.600 davon in einer Einheit der TOP 4 F&E-treibenden Fachverbände. Das Personal in der Industrie ist hochqualifiziert: 52 % sind Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler und Ingenieurinnen bzw. Ingenieure. Im Vergleich zum Jahr 2017 steigt die Zahl der F&E-Vollzeitäquivalente in der Industrie um

mehr als ein Zehntel – das sind rund 3.000 F&E-Köpfe mehr. Erneut sind es die F&E-durchführenden Einheiten der Metalltechnischen Industrie sowie der Elektro- und Elektronikindustrie, die ihren F&E-Pool merkbar aufbauen.

F&E ist ein wesentlicher Schlüssel, der ein grünes und digitales Europa ermöglichen kann. Für einen weiterhin erfolgreichen Weg von der Grundlagenforschung zu marktfähigen Produkten ist die Direktförderung für unternehmerische F&E essenziell. Es gilt die angewandte F&E zu stärken und gleichzeitig die Themenoffenheit beizubehalten. Die Sicherung der Forschungsprämie ist dabei ein zentraler Standortfaktor. Investitionen in F&E sind unverzichtbare Zukunftsinvestitionen. ■

Branchenübersicht

Steigerung der industriellen Produktion



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

Einschätzung 3. Quartal 2021	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einträge
	1.Q21/1.Q20 in Prozent	Einschätzung 3.Q21/3.Q20	1.Q21/1.Q20 in Prozent	Einschätzung 3.Q21/3.Q20	Einschätzung 3.Q21/3.Q20
Bergwerke und Stahl	2,8	↑	-5,0	↔	↑
Stein- und keramische Industrie	14,9	↔	0,1	↔	↔
Glasindustrie	-6,2	↔	-10,5	↔	↔
Chemische Industrie	3,9	↑	1,2	↔	↑
Papierindustrie	-8,7	↑	-4,6	↔	↑
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	-4,0	↔	-0,1	↔	↔
Bauindustrie	18,3	↑	2,3	↑	↑
Holzindustrie	17,0	↑	3,0	↔	↔
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	-8,6	↑	-3,3	↔	↑
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-0,9	↔	-6,2	↓	↔
NE-Metallindustrie	13,5	↑	1,1	↔	↑
Metalltechnische Industrie	9,2	↑	-1,1	↔	↑
Fahrzeugindustrie	13,6	↑	-4,5	↔	↑
Elektro- und Elektronikindustrie	8,2	↑	5,6	↔	↑
Industrie gesamt	14,3	↑	-0,5	↔	↑

Anm.: Vorläufige Daten 2020 & 2021;

¹⁾ Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölind., Gas- und Wärmeversorgungsunt.)

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammerstatistik

Gesamtindustrie

Die Industriefachverbände erwarten – dem Vorjahresquartal gegenüber – vergleichsweise positive Dynamiken für das 3. Quartal 2021. Neun der vierzehn befragten Fachverbände rechnen mit leicht steigenden Tendenzen (zwischen +3 % und +10 %) bei der Produktion, acht davon bei den Auftragseingängen. Stark steigende Tendenzen (mehr als +10 %) sieht die Metalltechnische Industrie die Produktion bzw. Auftragseingangslage betreffend. Diese positiven Einschätzungen haben ihren Ursprung auch darin, dass es im 3. Quartal 2020 zu – teils massiven pandemiebedingten – Einbrüchen der Wirtschaftsleistung der Industriefachverbände gekommen ist. Was die Beschäftigung anbelangt werden bei der von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktüreinschätzung überwiegend geringe Veränderungen geortet.

Bergbau und Stahl

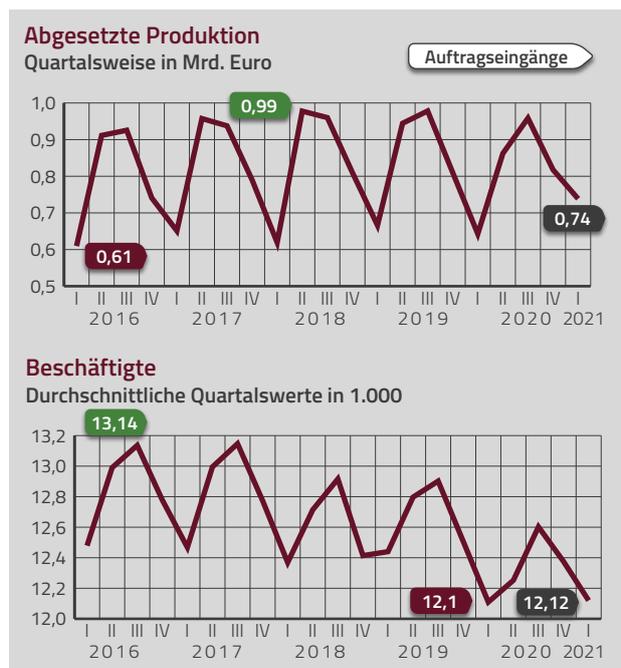
Nach einem zögerlichen Start für die Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes Bergbau-Stahl zu Beginn des Jahres setzte im 2. Quartal ein Aufwärtstrend ein, der sich im 3. Quartal verstärkt fortsetzt. Insbesondere die steigende Nachfrage aus der Automobilindustrie und Investitionen in die Bahninfrastruktur sorgen für eine gute Auslastung der Stahlerzeuger und führt zu einer Erhöhung von Produktionskapazitäten. Die Arbeitsmarktsituation hat sich gegenüber den ersten Monaten des Jahres deutlich entspannt, teilweise suchen die Betriebe dringend Fachkräfte. Die vom Europäischen Rat beschlossene Verschärfung der Ziele zur Treibhausgasreduktion stellt die energieintensiven Betriebe im Bereich Bergbau und Stahl vor große Herausforderungen. Der österreichische Bergbau ist dabei mit seinen Produkten abhängig von den internationalen Rohstoff- und Finanzmärkten sowie von der Entwicklung der nachgelagerten Industriebranchen. Auch die Mitgliedsbetriebe des Bergbaus erfreuen sich einer gesteigerten Nachfrage und eines sich positiv entwickelnden Trends auf den Absatzmärkten. Die Investitionen in eine nachhaltige Zukunft setzen sich fort. Generell sehen die Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes Bergbau-Stahl einer positiven zukünftigen Entwicklung entgegen.

■ höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz



Stein- und keramische Industrie

Der überhitzte Bau- und Immobilienmarkt führt nach wie vor zu Lieferengpässen bei Baustoffen und in der Folge zu Preisanstiegen. Über den Sommer ist es bei einer Vielzahl von Baumaterialien zu Versorgungsproblemen gekommen. Die mineralische Baustoffindustrie war davon doppelt betroffen. Einerseits waren Rohstoffe für die Bauprodukteherstellung nicht ausreichend verfügbar, andererseits ist es bei der Auslieferung von Bauprodukten an Kunden zeitweise zu Kontingentierungen gekommen. Der Markt stellt sich derzeit auf längere Vorbestellungs- und Lieferzyklen ein. Nur so kann mittelfristig eine gewisse Planungssicherheit erreicht werden. Auch die Exportsituation stellt sich denkbar schwierig dar. Abgesehen von den oben beschriebenen Produktionsengpässen hat man im Export mit beschränkten Frachtkapazitäten und in der Folge heftigen Frachtpreissteigerungen zu kämpfen. Betonstahl in Stäben war im Mai 2021 um rund 44 Prozent teurer, Betonstahlmatten kosteten um etwa 30 Prozent mehr als im Mai 2020. Die Preissteigerungen bei Vorprodukten der Baustoffproduktion können von den Herstellern in der Regel weitergegeben werden, verteuern jedoch das Bauen insgesamt. Der Baukostenindex ist im Monat Juli um 13,6 Prozentpunkte gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres gestiegen.

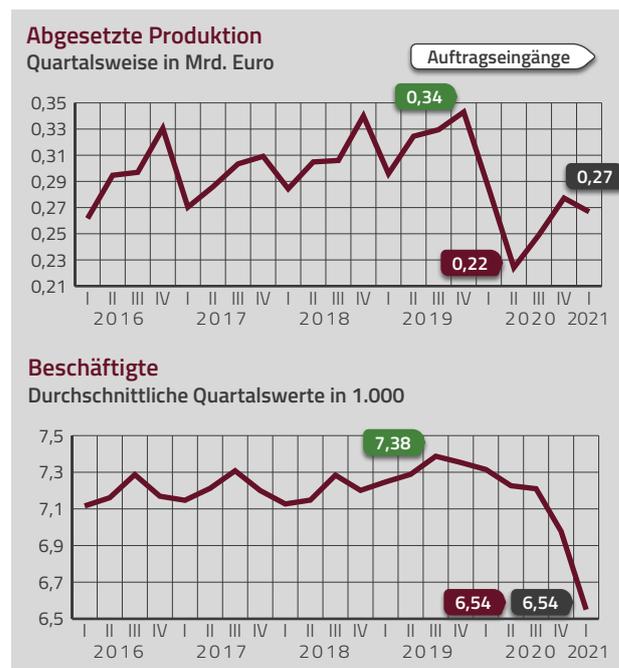


Glasindustrie

Die Auftragslage in der glasbe- und- verarbeitenden Industrie entwickelt sich weiterhin gut. Hohe Steigerungen gibt es besonders im Gewerbe- und Industriebau und im privaten Wohnungsbau. Trotzdem bleibt die Stimmung angespannt. Die Knappheit der Rohstoffe führt zu drastischen Preissteigerungen, auch die Basis-Glaspreise wurden erhöht. Produktionsengpässe führen teilweise zu massiven Lieferverzögerungen. Eine Entspannung ist vorerst nicht in Sicht.

Die Einkaufsfrequenz im Handel normalisiert sich zunehmend und die Umsatzentwicklung im Bereich Wirtschaftsglas ist auf Vorkrisenniveau. Die Schmuckbranche kämpft immer noch mit Umsatzrückgängen, aber es geht wieder bergauf. Der geplante Mitarbeiterabbau ist daher etwas geringer ausgefallen.

Die Verpackungsglasindustrie konnte die Absatz- und Produktionsmengen wieder steigern, was vor allem auf die Nachholeffekte in den Segmenten Gastronomie und Hotellerie zurückzuführen ist. Die höhere Auslastung spiegelt sich auch im Ergebnis wider, die Branche rechnet mit einer steigenden Nachfrage.

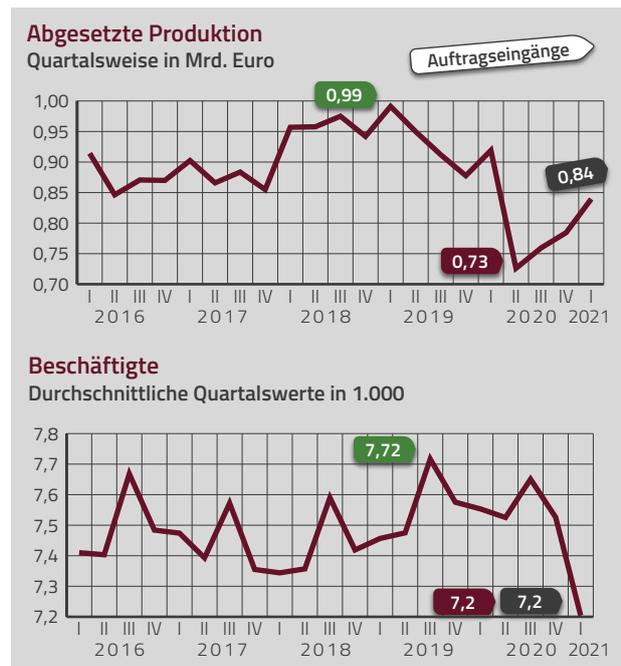


Chemische Industrie

Die chemische Industrie befindet sich nach wie vor in einer wirtschaftlichen Erholungsphase und ein Großteil der Firmen ist, was die Auftragslage betrifft, für den Rest des Jahres optimistisch. Die positive Entwicklung durch das Anspringen der Nachfrage – sowohl international als auch auf den heimischen Märkten – führt aber gleichzeitig dazu, dass die Rohstoffverfügbarkeit ebenso wie Engpässe im Transport eine immer größer werdende Herausforderung darstellen und das Wachstum dämpfen könnten. Die Preise für Vorprodukte sind stark angestiegen, durch die Regularien im Bereich des Klimaschutzes ist mit einem zusätzlichen Ansteigen der Energiekosten zu rechnen – umso wichtiger ist es, dass die Branche mit ihrer Innovationskraft punkten kann und ihre Problemlösungskompetenz bei sämtlichen Green Deal Themen einbringen kann.

Papierindustrie

Mit Beginn der Corona-Maßnahmen der Regierung im 2. Quartal 2020 bremste sich die Papier-Entwicklung stark ein, mit einem Minus von bis zu 40 Prozent bei einigen Papiersorten. Bis zum Sommer 2021 hat sich die Situation jedoch weiter entspannt. Während die Verpackungspapiere im Laufe der Pandemie ihr Plus halten konnten, zieht der grafische Bereich jetzt langsam nach, hat aber das Vorkrisen-Niveau noch nicht erreicht. Mittlerweile fallend die Erlöse nicht mehr, sondern folgen den teilweise stark steigenden Preisen für Rohstoffe. Im letzten Jahr kostete Altpapier kurzfristig nur noch 80 Euro pro Tonne, mittlerweile sind es aber wieder durchschnittlich über 140 Euro. Auch der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK zieht wieder an und ist im Laufe des letzten Jahres vom Tiefpunkt 830 Dollar auf über 1.300 Dollar pro Tonne gestiegen. Das Preisniveau bei Faserholz bleibt zurzeit weitgehend stabil. Die Zahl der Beschäftigten ist leicht gefallen und liegt bei 7.900 Personen, dabei war der Anteil der Kurzarbeit zuletzt gering.

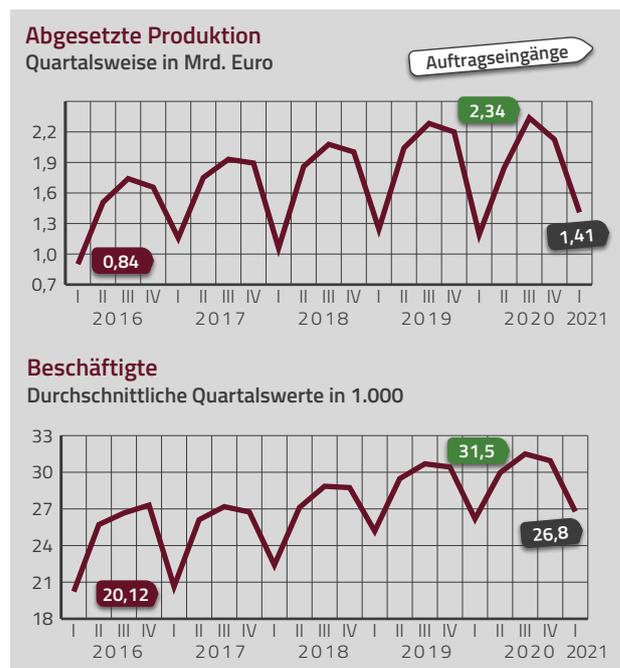


PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die Situation in der PROPAK Industrie ist sehr heterogen und herausfordernd: die Nachfrage ist insbesondere im Verpackungsbereich hoch, aber die Lieferketten funktionieren noch nicht wieder reibungslos. Die Branche hat bisher alle Lieferungen sicher erfüllt, aber die Versorgung mit Rohpapier dauert länger und einzelne Qualitäten sind auf längere Zeit ausverkauft. Viele Gründe spielen hier zusammen, Lager sind leer und müssen wieder gefüllt werden. Corona hat auch die Nachfragesituation stark verändert, Online-Shopping ist ein ungebrochen wachsender Trend und Treiber insbesondere im Verpackungssektor. Die Rohmaterialien sind massiv teurer geworden, was auf die Wertschöpfung drückt. Das gilt vor allem für Papier und Farben, aber auch den Transport und die Energie. Die Teuerungen müssen in einem angemessenen Ausmaß weitergegeben werden. Generell wird quer über die Branche ein stabiles Wachstum erwartet, das aber in Summe deutlich unter dem prognostizierten BIP liegen wird. ■

Bauindustrie

Auch im 3. Quartal sind Auftragseingänge und Auftragsbestände in allen Bausparten noch auf sehr hohem Niveau. Im Wohnbau ist die Tendenz der Baugenehmigungen leicht rückläufig, die Nachfrage nach Wohnraum als Kapitalanlage aber ungebrochen hoch. Im Wirtschaftsbaub dürfte die Nachfrage bereits vor Corona den Zenit überschritten haben. Überfällige Investitionen in Straßeninfrastruktur und öffentlichen Verkehr tragen aktuell wesentlich zur Stabilisierung im Tiefbau bei. Laut WIFO Konjunkturtest vom Juli 2021 beurteilten 93 Prozent der befragten Bauunternehmen ihre Auftragsbestände als zumindest ausreichend. Die Bauproduktion ist allerdings immer noch durch die eingeschränkte Verfügbarkeit diverser Baumaterialien und den Fachkräftemangel gebremst. Die Stimmungslage der Unternehmen und die Einschätzungen betreffend die mittelfristige Entwicklung sind trotz leichter Abschwächung immer noch auf Rekordniveau. Der seit Jahresbeginn unerwartet starke Kostenanstieg wesentlicher Baumaterialien setzt sich auch im 3. Quartal weiter fort. Der durchschnittliche Beschäftigtenstand liegt deutlich über jenem der Vorjahre. ■



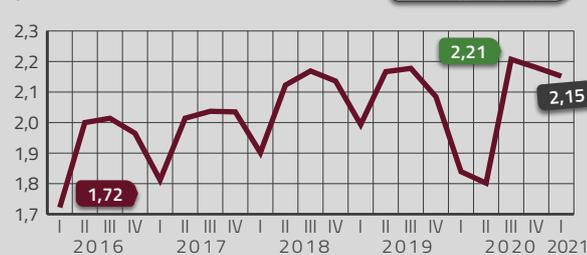
Holzindustrie

Die Auftragslage im 3. Quartal 2021 ist auf hohem Niveau stabil. Im Baubereich haben sich die Nachfragespitzen abgeflacht. Aufgrund des hohen Preisniveaus werden Projekte verzögert. In der Sägeindustrie normalisiert sich die Angebots- und Nachfragesituation. Die Produktion befindet sich in den meisten Bereichen der Holzindustrie nach wie vor auf sehr hohem Niveau. Dies führt auch zu höheren Produktionskosten, da auch die Rohstoffkosten gestiegen sind. Die hohe Exportnachfrage bildet die Stütze der heimischen Holzindustrie. Vereinzelt führen niedrige Lagerstände bei Spezialprodukten zu Engpässen. Höhere Produktionskosten und ein kurzfristiger Rückgang der Nachfrage führen zu einer angespannten Kostensituation. Die volatilen Transport- und Logistikkosten beeinflussen die weltweiten Warenströme. Zusätzlich verschärfen Handelszölle und Handelshemmnisse die Situation. Dies wirkt sich auch negativ auf die Holzindustrie aus. Derzeit nimmt man nur geringe Veränderungen in der Holzindustrie wahr. Es fehlen jedoch qualifizierte Arbeitskräfte.

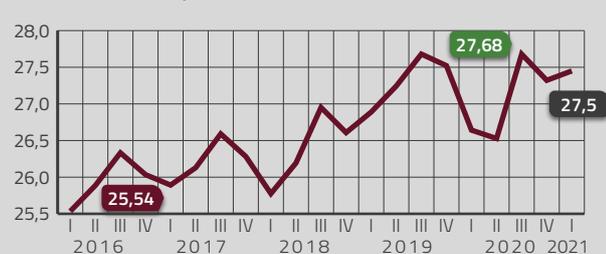
Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Ein tourismusfreundlicher Sommer mit Ausflugswetter, vielen Badetagen und länderübergreifender Reiselust prägten das 3. Quartal 2021. Nach wie vor bedeutet der unverändert angespannte Inlandsmarkt mit einer Vielzahl an „Extrem Aktionen“ im Lebensmitteleinzelhandel große Herausforderungen für viele Bereiche der österreichischen Lebensmittelindustrie. Coronabedingte Herausforderungen gibt es zusätzlich auf vielen wichtigen Exportmärkten. Parallel dazu erlebt die österreichische Agrar- und Lebensmittelwirtschaft historische Höchststände bei Preisen für Agrarwaren. Auch die Kosten bei Verpackungen wie Glas, Kunststoff, Kartonagen, Aluminium, Blechdeckeln und Konservendosen schießen in die Höhe. Auch die Transportkosten explodieren. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat kürzlich steigende Preise für Lebensmittel prognostiziert. Die Steigerungen werden aber von Branche zu Branche unterschiedlich ausfallen. Die aktuellen Kostenanstiege sind historisch einmalig und stellen zusätzlich viele Marktteilnehmer vor große Herausforderungen.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Bekleidungsindustrie: Die Umsätze liegen trotz deutlicher Steigerungen unter dem Vorjahresniveau. Sollten die kommenden Monate weiterhin stabil ein normales Vorkrisenniveau zeigen wird das Umsatzniveau das Vorjahr erreichen. Die derzeit laufende Ordersaison für die kommende Frühjahr/Sommersaison 2022 wird richtungsweisend sein ob eine nachhaltige Erholung stattfinden wird.

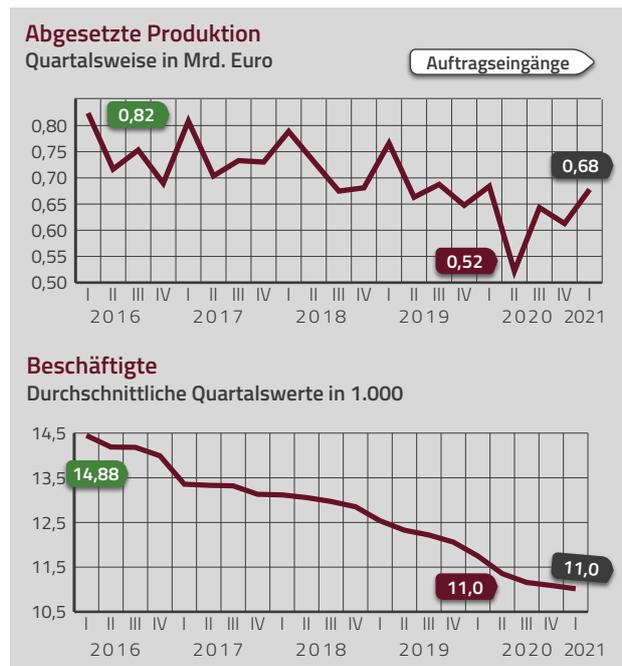
Schuhindustrie: Die Auftragslage ist weiterhin schwierig und zeigt sich je nach Produktgruppen unterschiedlich, teilweise positiver als zum Vorjahr, aber unter 2019. Die Produktionskapazitäten sind etwas stärker ausgelastet, die Preisentwicklung ist aufgrund der Kostensituation leicht steigend, die Beschäftigtenzahl verändert sich gering.

Textilindustrie: Die Firmen sind gut durch die Krise gekommen. Schwierigkeiten bereiten Lieferengpässe, hohe Transportkosten und Rohstoffpreise. Laut WIFO-Bericht vom Juli 2021 schätzen 56,3 % der Unternehmen die Geschäftslage als befriedigend ein. 58,8 % schätzen, dass die Produktion in den nächsten drei bis vier Monaten gleich bleibt.

Ledererzeugende Industrie: Bedingt durch die Halbleiter-Krise gibt es einen Auftragsrückgang von 30 %, der sich auch in Produktion und Export widerspiegelt. Die Preisentwicklung ist aufgrund Chemiepreiserhöhungen steigend. Die schwierige Situation der Branche hat eine Reduzierung der Beschäftigtenzahl zur Folge.

NE-Metallindustrie

Für die österreichische NE-Metallindustrie setzt sich im 3. Quartal der positive Trend des 2. Quartals verstärkt fort, nach einem eher zögerlichen Start zu Beginn des Jahres. Die Auftragslage hat sich in nahezu allen Absatzmärkten deutlich verbessert. Vor allem der Automobilmarkt, als einer der wichtigsten Absatzmärkte der Aluminiumindustrie, verzeichnet stetig Zuwachsraten. Auch die Arbeitsmarktsituation entspannt sich weiter, neue Mitarbeiter werden eingestellt. Die wirtschaftliche Erholung zeichnet sich auch in der österreichischen Kupferindustrie ab. Positive Preisentwicklung sowie steigende Großhandelspreisindizes für Kupferwaren, beeinflussen neben der sich wiederbelebenden Konjunktur das Investitionsverhalten vorteilhaft. Der sich fortsetzende Trend zur E-Mobilität und Automatisierung führen zudem zu einer höheren Nachfrage nach kupferhaltigen Produkten. Grundsätzlich wird das Thema Nachhaltigkeit für Unternehmen der NE-Metallbranche immer wichtiger. Generell sehen die Mitgliedsbetriebe der NE-Metallindustrie einer positiven zukünftigen Entwicklung entgegen.



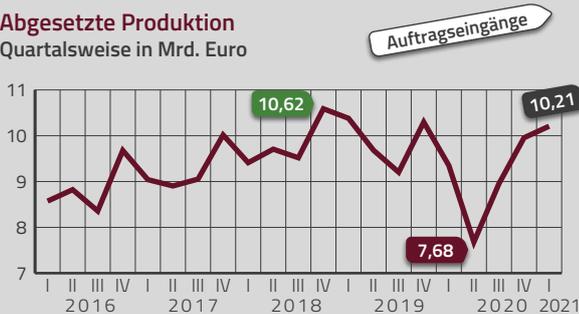
Metalltechnische Industrie

Die dynamisch steigende Nachfrage im Maschinenbau und in der Metallwarenindustrie hält bis dato an und, sie ist höher als zu Jahresbeginn erwartet. Das 3. Quartal 2021 wird deutlich über dem Niveau von 2020 liegen, und könnte sogar das Niveau von 2019 übertreffen. Dafür verantwortlich sind Nachholeffekte nach dem Corona-bedingten Rückgang, aber auch ausständige Kapazitätsinvestitionen die nun nachgeholt werden. Auf der anderen Seite belasten die Preissteigerungen beim Vormaterial. Allein der Stahlpreis ist seit Jahresende 2020 um über 80 Prozent gestiegen. Das gleiche gilt für andere Industriemetalle und auch Vormaterialien wie Kunststoff, elektronische Bauteile oder die Energiepreise. Das belastet nicht nur kostenseitig, es könnte sich auch negativ auf das Wachstum auswirken. Ein Drittel der Unternehmen gibt bereits an, dass sie Aufträge aufgrund der Knappheit bei Industriemetallen nicht annehmen zu können. In jedem Fall kann das Produktionswachstumspotential aber nicht genutzt werden, denn die Ertragslage der Unternehmen ist kostenseitig stark belastet. ■

Fahrzeugindustrie

Der durch die Pandemie bedingte konjunkturelle Nachholeffekt dauert weiterhin an. Die Auftragslage, Produktion, Umsätze und Exporte werden von den Unternehmen im 3. Quartal 2021 besser eingeschätzt als noch im 2. Quartal 2021. Bei den Umsätzen sind es sogar mehr als vier Fünftel der Unternehmen, die positiv in die Zukunft blicken und von einer Umsatzsteigerung ausgehen. Auch die Beschäftigung folgt diesem positiven Trend, hier wollen mehr als die Hälfte der Unternehmen ihren Mitarbeiterstand weiter ausbauen. Sämtliche Erwartungen liegen erwartungsgemäß auch über dem 2. Quartal 2020, was aber durch den Produktionsstillstand im letzten Jahr keine Überraschung ist. Das Vorkrisenniveau bleibt dennoch in weiter Ferne. Trotz dieser positiven Entwicklung gibt es auch Faktoren, die dämpfend auf die konjunkturelle Entwicklung wirken. Dazu zählen etwa die massiven Kostensteigerungen auf stahlbasierenden Vormaterialien. Signifikante Erhöhungen gab es auch bei den Logistikkosten. Lieferengpässe bei den Halbleitern führen zu Produktionsausfällen und in weitere Folge zu Kurzarbeit. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Elektro- und Elektronikindustrie

Auch im 3. Quartal 2021 setzt sich die Aufwärtsbewegung in der Elektro- und Elektronikindustrie fort: Die Produktionswerte steigen für einzelne wichtige Sparten wie elektronische Bauelemente, Verteilungs-/Schalteneinrichtungen und Leuchten bereits an. Bei den restlichen Sparten ist eine Erholung ebenfalls erkennbar. Die Nachfrage nach Gütern der Elektro- und Elektronikindustrie steigt. Die Gesamtumsätze holen auf. Die Exportquote hält sich auf gutem Niveau. Die Auftragseingänge verzeichnen ebenfalls leichte Zuwächse. Die Auftragsbestände erholen sich dagegen langsamer und liegen noch unter den Vorjahreswerten. Das Eigenpersonal hält sich weiter stabil, während das Fremdpersonal sehr große Zuwächse erfährt. Dieses wurde im Krisenjahr allerdings auch sehr stark abgebaut. Rohstoffpreise und Fachkräftemangel stellen weiterhin eine große Herausforderung dar. Die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie geht aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen Erholung und aufgrund von Nachholeffekten von einer Fortsetzung der leichten Aufwärtsbewegung aus, die im 4. Quartal in eine Seitwärtsbewegung übergehen wird. ■



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

Unternehmensgegenstand:

Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender:

Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter: Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf,

Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang

Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst,

DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold,

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer:

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie:

Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63,

Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at

Industriellenvereinigung,

A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4

Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion:

Stephan Scoppetta (Chefredakteur),

Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst)

www.feuerifer.at

Design, Satz und Layout: Christian Huttar,

www.floorfour.at

Coverbild: WKÖ/Baumit

Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

Autoren: Mag.Sigi Menz, Mag. Andreas Mörk,

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider,

Daran Demiroglu, MSc, BA, Nikias Dick, BSc BSc,

Helene Tuma

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH,

A-2540 Bad Vöslau

Erscheinung: vierteljährlich

ISSN: 1023-8387

